

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Nr. 9 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 3. März 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften. (Schluß.) — Von den Himmelsercheinungen im März. — Die Berliner königliche Sternwarte. — Der Bau Hsenbach im Jahre 1910. — Die Vergabung von Militärleistungen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Genossenschaftliches. — Rundschau. — Briefkasten. — Bücherchau. — Adressen-Veränderungen. — Sterbefälle. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 5. bis 11. März ist der 10. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann sein Recht auf Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Die hiesigen Wagenfahrräder stehen in einer allgemeinen Lohnbewegung. Wagenfahrräder haben daher vorläufig Berlin zu meiden.

Braunschweig. Die Tapezierer der Matratzenfabrik von Langefeld befinden sich im Streik. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Beig. In den hiesigen K i n d e r w a g e n f a b r i k e n steht die Gesamtarbeiterschaft im Streik.

Dänemark. Die Portefeuille- und Reiseeffektenfabrik von G. A. Matthiesen in Kopenhagen ist wegen Lohn Differenzen gesperrt.

Schweden. Die Dreibriemenfabrik von Runke in Stockholm ist für Sattler und Riemen differenzhalber gesperrt.

Schweiz. Die Firma L a n d i s, Reiseartikelfabrik, in Dersikon bei Zürich, ist gesperrt. Sattler und Täschner haben den Betrieb zu meiden.

Von allen obengenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

II. (Schluß.)

Die von dem Direktorium der Ausstellung innerhalb einer Woche in Aussicht gestellte definitive Entscheidung über den Platz, der den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden sollte, ging nicht ein. Als dann die General-Kommission um definitive Bescheid ersuchte, erhielt sie von dem Direktorium die Mitteilung, daß auf dem parkartigen Gelände innerhalb der Ausstellung ein ausreichender Platz zur Verfügung stehe und daß wegen der Klagefrage eine erneute Aussprache gewünscht werde. Diefelbe fand Mitte Januar d. J. in Dresden statt. Zur nicht geringen Überraschung der Gewerkschaftsvertreter

sah das Direktorium jetzt alle von den Unternehmern erhobenen Einwendungen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitersstellung für durchaus berechtigt an und verlangte Garantien dafür, daß die Ausstellung nicht tendenziös gestaltet werde. Die in der Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an das Ministerium erhobenen Forderungen wurden fast wörtlich von dem Direktorium wiederholt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten auch diesmal, sich den von den Unternehmern diktierten Bedingungen nicht fügen zu können. Insbesondere sei der Vorschlag unannehmbar, eine Ausnahme zu machen, in der die interessierten Arbeitgeber vertreten sind, mit der Entscheidung darüber zu betrauen, was zur Ausstellung zugelassen sei. Es wurden eine Reihe weiterer Vorschläge erörtert. Auf Anfrage des Direktoriums erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich ohne weiteres damit einverstanden, daß die Unternehmer in demselben Pavillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeitersstellung veranstalten und machten weiterhin den Vorschlag, wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitersverhältnisse zureichend wieder gegeben seien oder nicht. Als geeignet zu diesem Schiedsrichterkomitee brachten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reformen, insbesondere den Staatsminister a. D. Herrn v. Berlepsch und Herrn Professor Brande, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „schwebten in der Luft und kämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden“. Unsere Vertreter machten noch den weiteren Vorschlag, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reformen, Herrn v. Scheven in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen, — aber „auch dieser Herr schwebte in der Luft“, erklärte das Direktorium und damit war auch dieser Vorschlag abgefallen. Kommerzienrat Lingner betonte mehrmals, daß er persönlich es durchaus gern sehen würde, wenn eine Basis gefunden werden könnte, welche die gewerkschaftliche Sonderausstellung ermöglicht. Die Internationale Hygiene-Ausstellung sei aber von der Regierung subventioniert, zum Teil von den Industriellen abhängig. Er sei also gezwungen, die Wünsche von jener Seite zu beachten. Die verschiedenen, bei der Verhandlung zur Erörterung gelangten Vorschläge sollten erst nach dem Ministerium unterbreitet und dann der General-Kommission schriftlicher Bescheid erteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Direktorium, daß sie nicht im Zweifel darüber seien, wie der im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium gegebene Bescheid ausfallen werde.

Mit Schreiben vom 25. Januar teilte Kommerzienrat Lingner dem General-Kommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der verschiedenen Vorlagen, die gemeinsam besprochen worden seien, eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und daß deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeitersstellung nicht zugelassen werden könne.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge sind ein Schulbeispiel dafür, welche Macht das Unternehmertum in Deutschland besitzt. Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessenvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhält-

nisse weiter Volkstreife in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte.

Diese Haltung der Ausstellungsleitung und ihrer sächsischen Protoktoren steht in schneidender Gegensatz zu den offiziellen Reden, mit denen vor Jahresfrist die Vorarbeiten für die Ausstellung aufgenommen wurden. Auf der Tagung des Direktoriums und der Gruppenvorsitzenden am 12. Februar erklärte der sächsische Staatsminister Graf Rittum von Ustädt:

„Die Ausstellung soll uns zur Anschauung bringen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet haben, und indem sie das tut, soll sie einerseits den staatlichen und kommunalen Behörden erleichtern, sich die Ergebnisse der Wissenschaft anzueignen und sie in das praktische Leben zu übertragen. Andererseits soll sie das Interesse des Publikums wecken und den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen, wie die Aufgaben und Bedürfnisse der Hygiene in alle Lebensgebiete eingreifen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, was geleistet werden kann und was noch geleistet werden muß. Das letztere scheint mir beinahe das Wichtigste. Die Not unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden; die Not hat uns erzogen zu sozialem Empfinden und sozialem Pflichtgefühl!“

Wo blieb dieses soziale Empfinden, dieses soziale Pflichtgefühl des sächsischen Staatsministeriums, als die Arbeiterorganisationen sich vermessen wollten, die Not der Heimarbeiter und die sozialen und hygienischen Schäden der Heimarbeit im Rahmen der Ausstellung dem breiten Publikum vor Augen zu führen? Worte — nichts als schöne Worte!

Auf der gleichen Tagung führte der Herr Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Prof. Dr. Vranitzky, das folgende aus:

„Wir leben in einer Zeit, in der die politischen Gegensätze oft lebhaft aufeinanderprallen, und wo bei der nervösen Gereiztheit, die nicht bloß den einzelnen, sondern die Fraktionen, Gemeinwesen und Nationen beherrscht, oft über Dinge, die verhältnismäßig geringe Bedeutung zu haben scheinen, harte, schwere Kämpfe entbrennen. Da ist — Gott sei Dank — die Hygiene ein Thema, das in seinem Endzweck meistens die Hebereieinstimmung aller Parteien und aller Nationen findet. Es spielt freilich hier als treibendes Motiv der Egoismus mit, indem jeder seine Gesundheit hoch einschätzt und ebenso die Nationen eine gesunde Bevölkerung und einen gesunden Nachwuchs entsprechend einzuschätzen wissen. Jeder greift gerne nach den Mitteln und ersaft freudig die Handhaben, die ihm gezeigt und anempfohlen werden, um seine Gesundheit zu verbessern. Und deswegen finden wir, wo es sich um hygienische Anordnungen, um hygienische Maßnahmen handelt, in der Regel eine erfreuliche Hebereieinstimmung der Fraktionen und Parteien.“

Wie schnell doch solche schöne Worte vergehen sind. Die Arbeit der Gewerkschaften, die Heimarbeitersfrage, die bereits die Befestigung der verschiedensten Länder beschäftigt und besonders in England zu wirksamen Reformen geführt hat, zur Darstellung zu bringen, genügt schon, um die sächsische Regierung in nervöse Gereiztheit zu versetzen, so daß

Die die jährlichen Unternehmervertretungen gegen das Vorhaben der Gewerkschaften und der Ausstellungsleitung aufgewegelt. So traten heute, schwere Stämpfe an die Stelle der anfangs so erfreulichen Liebeserklärungen.

Was hat die sächsische Regierung mit ihrem Treiben gegen die Gewerkschaften erreicht? Sie hat erreicht, daß die Gewerkschaften angeblickt dieser Kapitulation des Ausstellungsdirektoriums vor den Unternehmerforderungen nicht bloß auf die Veranstaltung der Sonderausstellung betreffend Heimarbeit verzichteten, sondern nimmere jede Beteiligung an der Internationalen Hygiene-Ausstellung ablehnten, weil ihnen nach dem, was sie erfahren mußten, das Vertrauen zur Ausstellungsleitung abhanden gekommen ist. Sie hat aber ferner erreicht, die Internationale Hygiene-Ausstellung mit dem Stigma der Förderung von Unternehmerinteressen zu befallen. Denn nichts anderes bezweckte ihre Durchführung einer Zurs, welche zur Käufte aus sächsischen Unternehmerkreisen zusammenzuführen sei, als dadurch jede ernsthafte Darstellung von Missethänden und Schäden der Heimarbeit zu verhindern. An dem Widerspruch der Industriellenvertreter wäre jede Ausstellungsleitung des tatsächlichen Heimarbeiters geblieben.

Es ist nicht die Absicht der Gewerkschaften gewesen, die Heimarbeit tendenziös darzustellen, d. h. ausnahmsweise träge Zustände zu verallgemeinern und die Fortschritte noch schwächer aufzutragen, als sie ohnehin sind. Nur die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit vorhanden ist, sollte gewährleistet sein. Tatsächlich kann das Heimarbeiterselbst in seinem vollen Umfange gar nicht ausgetrieben werden, denn wer würde wohl das Bezg dazu haben, das Heim der allerärmsten Arbeiterschichten mit seinem Kammern und Schmutz, seinen Miasmen und Dünsten und die kleinen Kinder und Kranken als Wohnort dazu dem Publikum so vorzuführen, wie es in seiner Wirklichkeit sich darstellt? Diese Wirklichkeit vermag auch die realistische Ausstellung nicht wiederzugeben, — sie wird immer unerreicht bleiben und insofern wird jeder Ausstellung eine gewisse Tendenz der Schönfärberei innewohnen. Wer aber den Gewerkschaften zumulde, jede Tendenz, auch die berechtigste Tendenz, das Publikum vor den Nachteilen der Heimarbeit zu warnen und die öffentliche Gesundheitspflege auf diese Missethände hinzuweisen, heisse sie lassen, der verkennt den hohen Zweck der Hygiene, die den Kampf gegen das Ungeheime, gegen das Gemeinlichliche, gegen Vorurteile zu führen hat. Den Gewerkschaften war es so völlig Ernst mit ihrer Beteiligung an der Ausstellung, mit ihrem Vorhaben, auch ihrerseits zur Förderung der Hygiene beizutragen, daß sie sogar bereit gewesen waren, sich eine Aufnahmejury gefallen zu lassen, die sonst keinem anderen Aussteller zugemutet wurde. Nur sollte diese Jury wirklich unabhängig und unparteiisch sein. Zudem das Direktorium ist ablehnte, Männer der Gesellschaft für soziale Reform, Männer vom Rufe eines Verlepf, eines Franke, eines Kuse eines Scheben als Unparteiische anzuerkennen, verriet es deutlich genug, worauf es der sächsischen Regierung ankam, auf die Vorbereitung des einseitigen Unternehmerinteresses.

Dieses Stigma der Einseitigkeit wird der Hygiene-Ausstellung anhaften trotz alles wissenschaft-

lichen Aufgebots. Man mag sich in den leitenden Kreisen vielleicht zunächst darüber freuen, die Gewerkschaften glücklich losgerissen zu sein. Aber darüber wird man sich kaum täuschen, daß eine Organisationsgruppe von 2,2 Millionen Personen, die einen so erheblichen Einfluß auf dem Gebiete von Beruf und Arbeit entfaltet, daß sie hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Schaffung eines neuen Arbeiterrechts vorbildlich wirkt, auch für die Hygiene ein Faktor von großer Bedeutung ist, der nur zum Nachteile der Ausstellung selbst ausgeschaltet werden kann. Und auch darüber dürfte wohl Klarheit herrschen, daß die großen Aufgaben der Hygiene durch eine derartige Behandlung der Gewerkschaften, die auf die Arbeiterkreise verlegend wirken muß, nicht gefördert werden.

Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Stand der Dinge abzufinden wissen. Ist es für sie doch ein erneuter Beweis dafür, daß wir in einem kapitalistischen Staate leben, und daß Sozialpolitik, Hygiene und Volkswohl an kapitalistischen Interessen ihre Grenze finden. Desho mehr aber haben die deutschen Gewerkschaften alle Ursache, die Vorbereitungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorat der sächsischen Regierung steht, einer strengen, kritischen Prüfung zu unterziehen, denn die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in anderen Zweigen der Hygiene das Gemeinwohl hinter das Unternehmerinteresse zurücktreten mußte.

Zum Frauentage.

Am 19. März d. J. wird die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich überall in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts erheben. Ihre Begründung erhält diese Forderung durch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Bestimmungen der Gesetzgebung sind auch für die weibliche Bevölkerung bindend und nicht selten gerade für diese von weittragender Bedeutung.

Die Steuerlasten, die Staats- und Gemeindeverwaltung der Bevölkerung auferlegt und unter denen die bezugslose Klasse besonders leidet, sind für die Arbeiterfrauen eine ständige Quelle von Sorgen. Der Frauen Aufgabe ist es zumeist, die geringen Mittel, über die eine Arbeiterfamilie verfügt, so einzuteilen für Nute, Kleidung und Nahrung, daß das einzige Bestium der Arbeiterschaft, die Arbeitsfähigkeit, erhalten bleibt. Erhöhte Aufwendungen für die durch Steuern und Zölle verteuerten notwendigen Nahrungsmittel bedeuten aber in der Regel ein Einstränken auch der dringendsten Ausgaben und mithin eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Auch die Arbeiterinnen, die als verheiratete oder ledige sich selbst und vielleicht noch Familienangehörige mit ernähren müssen, spüren natürlich die Wirklungen der Zölle und Steuern in gleicher Weise. Sie müssen die dadurch verursachten Mehrausgaben von ihren schon so niedrigen Arbeitsverdiensten bestritten, die eine genügende Ernährung ohnehin kaum ermöglichen. Allen aber fehlt die Möglichkeit,

auf die Gesetzgebung einzuwirken, die Steuerlasten einzuschränken oder sie mehr auf die leistungsfähigen Schultern der Reibenden zu verteilen, weil der weiblichen Bevölkerung das politische Wahlrecht verweigert ist.

Soweit sie der Arbeiterklasse angehört, muß sie ferner die gesundheitslichen Folgen der Erwerbsarbeit mittragen, die für viele frühes Siedtum und Einschränkung der Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude bedeuten. Es bestehen zwar Arbeiterschutzvorschriften. Diese sind jedoch nicht imitande, nennenswert auf die Gesundheitsverhältnisse einzuwirken. Hinzu kommt, daß die Vorschriften nicht einmal überall angewandt werden. Noch heute fehlt es an genügender amtlicher Kontrolle zur Überwachung der Betriebe, die der Gewerbeordnung unterstellt sind. Anvollkommen sind ferner die Bestimmungen der Arbeiterverpflichtungsgesetzgebung, des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgegesetzes. Bei der Krankenversicherung ist es namentlich der vorgesehene Schwangeren- und Wöchnerinnenchutz, der absolut nicht ausreicht und nicht einmal offen der Krankenversicherung unterstellten Arbeiterinnen zugänglich ist. In der Invalidenversicherung fordern vor allen Dingen die in der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über Witwen- und Waisenrenten, die während der Golddeuten 1902 den Frauen der bezugslosen Klasse versprochen worden sind, jetzt aber nur an invalide Witwen und deren Kinder zur Auszahlung gelangen sollen, zu lebhaftem Protest heraus. Außerdem die niedrigen Rentenätze und die Kontrollbestimmungen. Alle diese Vorschriften wirken einschneidend auf die Verhältnisse der Gesamtarbeiterschaft. Deshalb müßten auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen an der Zusammenfassung der geschlechtern Körperchaften interessiert sein, weil es von diesem abhängt, inwieweit bei ihren Beschüssen die Verhältnisse der Arbeiterschaft berücksichtigt werden.

Noch mehr als die bezugslose Bevölkerung im allgemeinen sind die Frauen noch heute nur Objekte der Gesetzgebung. Fast steht aber heute schon, daß in vielen Dingen ihre Mitbiste bei der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig ist. Dies hat sogar die Regierung zugeben müssen. Sie schreibt z. B. in der Begründung zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung: Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, ist entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden." Man sollte nach dieser Anerkennung annehmen, daß der Entwurf nun auch den verheirateten weiblichen Personen das Wahlrecht und das der Wählbarkeit zu allen Körperchaften der Arbeiterversicherung einräumt. Hieron ist aber im Entwurf der Reichsversicherungsordnung keine Rede. Die weiblichen Versicherten bleiben außer in der Krankenversicherung nach wie vor von der Mitwirkung ausgeschlossen. In der Behandlung der weiblichen Versicherten wird eben auch erst dann eine Änderung eintreten, wenn allgemein die Schranke gefallen sein werden, die der öffentlichen Betätigung der weiblichen Bevölkerung heute noch entgegen-

Von den Himmelserscheinungen im März.

Von Georg Kärner in Bremen. (Nachdruck verboten.)

Nur selten paßt die rauhe deutsche Witterung, namentlich die norddeutsche, zu den Frühlingsvorhersagen, die uns der März verspricht. Das poetische Wort „Lenzenmond“ im Altdeutschen gibt diesem Monat mehr, als er verspricht. Den Lenzenmond konnte man ruhig bis auf den Mai verschieben, in dem wir immer noch unter der Naughtigkeit unseres Klimas zu leiden haben. Ehe wir in den Frühling wirklich hineinkommen, ist er schon fast vorbei und der Sommer beginnt. Im Schoße der Erde allerdings bereitet schon der März das Neuerwachen der Natur vor, so schon der Februar treibt die weißen Mäpchen der Schneeglöckchen aus der fast noch hartgefrorenen Krume. — Bei den Römern war der März der dem Kriegsgotte Mars geweihte Monat. Er bildete ehemals den Jahresanfang, da das Jahr nur zehn Monate besaß, wovon die Namen September usw. Zeugnis ablegen. September ist der siebente Monat, bei uns jedoch der neunte, Oktober der achte, jetzt der zehnte usw. Erst durch Cäsars Kalenderreform rückte der Jahresanfang auf den 1. Januar.

Astronomisch beginnt im März ebenfalls der Frühling. Am 21. März gelangt die Erde auf ihrer Bahn in den Frühlingspunkt; die Erdachse kommt in solche Stellung zur Sonne, daß jeder Erdort gleich lange von der Sonne bestrahlt wird. Tag und Nacht sind einander gleich.

Von den großen Planeten bleibt Merkur wie

gewöhnlich ganz unsichtbar. Venus dagegen geht immer später am Abend unter, so daß sie immer länger zu sehen ist. Am Ende des Monats wächit ihre Sichtbarkeit bis auf 2½ Stunden an. Mars hingegen wird wieder weniger beobachtbar, zuletzt nur wenig mehr als eine Viertelsunde. Auch Saturn, der lange Zeit den herbstlichen und den Winterhimmel schmückte, nähert sich der Sonne wieder mehr und mehr, damit sich der Beobachtung nicht mehr entziehend. Am Ende des Monats wird man ihn nur noch eine Stunde lang sehen können.

Jupiters Sichtbarkeit dagegen verbessert sich zusehends; Ende März wird er sieben Stunden lang am Himmel stehen. Bis Anfang März bewegt sich der Planet rechtläufig, wird nach scheinbarem Stillstand rückläufig bis Anfang Juli und nimmt nach abermaligem Stillstand von neuem die rechtläufige Bewegung an, welche er nun bis zum Ende des Jahres beibehält. In die größte Nähe zur Erde kommt Jupiter zur Zeit seiner Opposition, d. h. wenn er der Sonne von der Erde aus gesehen gerade gegenübersteht. Das ist am 1. Mai der Fall. Er nähert sich der Erde dann auf 658 Millionen Kilometer. Am 18. November dagegen wird er von der Erde aus gesehen gerade hinter der Sonne stehen, in Konjunktion mit ihr, wie die Astronomen sagen. Dann ist er unsichtbar. Seine Entfernung von der Erde ist dann mit 949 Millionen Kilometer die größtmögliche. Daraus folgt schon, daß die Zeit der Opposition die zur Beobachtung günstigste ist. Der Planet steht dann während der ganzen Nacht am Himmel. Man benutzt daher zweckmäßig die jetzt kommenden Frühjahrsmonate zu seiner Beobachtung. Wer ihn durch ein Fernrohr zu beobachten Gelegenheit hat, der soll es tun. Er wird die streifige Struf-

tur seiner Oberfläche, die auffallend starke Abplattung sehen und an dem Spiel seiner Monde, die man mitunter direkt laufen sehen kann, an denen man Vermutungen und Beobachtungen beobachten kann, große Freude haben. Der Planet bildet den hellsten Stern des Himmels; er ist also nicht zu verwechseln. Er befindet sich im Sternbild der Waage, bildet mit den hellen Fixsternen Arcturus im Bootes und Spica in der Jungfrau ein gleichseitiges Dreieck. Am 19. März kommt Jupiter dem Monde sehr nahe, er wird dann also besonders leicht aufzufinden sein.

Im Sternbild der Eridanie, einem wenig bekannten, nur aus wenig hellen Sternen bestehenden Bilde zwischen dem Schwan und der Andromeda, ist von Prof. Wolf in Heidesberg ein neuer Stern entdeckt worden, der etwa die achte Größe besitzt und auffallend rot ist. Dieser Stern ist nachträglich von Prof. Wolf auf früheren photographischen Aufnahmen gefunden worden; dort war er nur 12, bis 13. Größe. Neuerdings hat nun auch Prof. Barnard auf älteren Aufnahmen der Perseus-Sternkarte den Stern gefunden. Damals war er nur etwa 14. Größe. Er kann bis 1893 zurückverfolgt werden. Man muß auch annehmen, daß schwache Helligkeitszunahmen um etwa eine Größenklasse an dem Sterne stattgefunden haben.

Die Berliner Königliche Sternwarte.

(Nachdruck verboten.)

Seit über einem Jahrzehnt bekommen wir aus Amerika ab und zu Nachrichten über große Störungen zum Jwede des Raues großer Sternwarten mit astronomischen Instrumenten, so gut und so vorzüglich, wie sie die Fernrohrtechnik nur herzustellen

Nedlich läßt sich die Ausschaltung der Frauen von der Staats- und Gemeindeverwaltung, deren Lasten sie mit tragen müssen, nicht begründen. Wirtschaftlich bedeutet sie eine große Schädigung für die Allgemeinheit. Dies empfindet besonders die Arbeiterklasse. Aber politische Organisation hat deshalb die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts von Anfang an in ihr Programm aufgenommen und ist auch bei jeder passenden Gelegenheit in der Praxis dafür eingetreten. Erst jetzt wieder waren ihre Vertreter im Reichstage bemüht, für die Frauen die Befugnis zu erlangen, als Schöffen fungieren zu dürfen. Leider ohne Erfolg. Hierdurch bleiben aber nach wie vor die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten von der Mitwirkung an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ausgeschlossen, worauf schon wiederholt hingewiesen ist.

Wenn nun am 19. März d. J. die Sozialdemokratie in Versammlungen für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts demonstrieren wird, so werden die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen alles daran setzen, diese Versammlungen zu Massenfundebungen zu gestalten, in der Heberzeugung, daß nur solche imstande sind, der Forderung genügenden Nachdruck zu verschaffen, deren Erfüllung ihnen neben anderen Vorteilen auch bessere wirtschaftliche Verhältnisse garantiert.

Der Gau Offenbach im Jahre 1910.

III. (Schluß.)

Die Zahl der im Gau ansässigen Berufsangehörigen läßt sich ganz einwandfrei nicht feststellen. Sie dürfte sich jedoch nach unseren, auf Grund der Verwaltungsberichte und sonstigen Materials, aufgestellten Berechnungen auf zirka 4400 männliche und zirka 1350 weibliche beziffern. Der weitaus größte Teil davon entfällt natürlich auf die Portefeuller- und Reiseartikelindustrie. Wie schon oben bemerkt, hat sich hier die Hausindustrie noch ausgebreitet, so daß wir mit über 1900 Heimarbeitern, von denen allerdings zirka 400 als Zwischenmeister anzusehen sind, rechnen müssen. Bemerkenswert ist, daß auch die Zahl der Heimarbeiterrinnen bedeutend zugenommen hat. Diese sind zum Teil Stepperinnen zu Haus und steppen für Heimarbeiter, zum Teil aber auch Portefeullerarbeiterinnen, die billige Damentaschen oder Treiers selbständig anfertigen. Schon diese wenigen Ziffern lassen einen Schluß zu auf die außerordentlich verzwickten Verhältnisse, die wir im Bezirk haben.

Die durchschnittliche Arbeitszeit stellt sich nach den Angaben bei den Zwischenmeistern auf 57 Stunden pro Woche durchschnittlich. Die Einzelheimarbeiter geben ihre Arbeitszeit mit durchschnittlich 62 Stunden wöchentlich an, wobei sie die durch Polen und Lieten der Arbeit verkauften Zeit mit in Anrechnung bringen. Den Hilfskräften der Zwischenmeister werden etwaige Heberstunden zum größten Teil tariflich entlohnt, jedoch werden auch in manchen Fällen, wie wir selbst in Offenbacher Fabriken feststellen konnten, die Heberstunden-Prozentschläge von den Arbeitern nicht verlangt, von den Fabrikanten vielfach vergessen. (?) Hier sollten sich doch die betreffenden Arbeiter anregen sein lassen.

vermag. Es ist unbestritten, daß Amerika mit seinen Sternwarten jetzt an der Spitze marschiert. Die Stifnungen zu diesen Anlagen entkommen privaten Händen. Die erste große wurde von Lid gemacht. Dieser Mann hatte zuerst vor, sich als Grabmal eine große Pyramide bauen zu lassen. Man überzeugte ihn von dem Unsinne seines Vorhabens und er ließ sich bestimmen, statt dessen eine große Sternwarte zu errichten, in der er seine Grabstätte finden würde. Diese Sternwarte steht auf dem Mount Hamilton in Kalifornien. Lid ruht unter dem großen Pfeiler des mächtigsten Instruments dieses Instituts. Seinezeit war der Lichtrefraktor, dessen Objektöffnung 36 Zoll (etwa 1 Meter) beträgt, das größte Instrument der Welt. Es ermöglichte Arbeiten und Entdeckungen, die Lid's Namen zu einem der meistgenannten in der astronomischen Wissenschaft machten. So ist Lid auf seine Kosten gekommen und hat dabei der Wissenschaft einen großen Dienst geleistet. Danach kamen die Leute in Amerika auf den Geschmack. Der große Eisenbahnkönig Verkes stiftete später für ein noch größeres Institut, das Yerkes-Observatorium, eine noch größere Summe. Auch er kam damit auf seine Rechnung. Die vorzügliche instrumentale Ausrüstung der amerikanischen Sternwarten ermöglichte den amerikanischen Astronomen, einen gewaltigen Vorsprung zu bekommen, so daß die bis dahin so berühmte deutsche astronomische Wissenschaft in den Schatten gestellt wurde.

Bei uns zu Lande sind die Millionäre Knider. Zwar sind die ganz großen Vermögen nicht so zahlreich wie überm großen Reich, aber dennoch gibt es bei uns eine Menge Leute, die leicht ein paar Millionen verschmerzen könnten. Damit könnte manches geleistet werden. In Deutschland haben wir nur

den Fabrikanten oder Zwischenmeister nachdrücklich an seine tariflichen Verpflichtungen zu erinnern.

Auch die Zahl der Lehrlinge in der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie hat, wohl auch in Folge der guten Konjunktur, im Berichtsjahre zugenommen. Sie dürfte mit 740 für das ganze Industriegebiet nicht zu hoch gegriffen sein. Unter den Lehrlingen sieht uns also ebenfalls noch ein ergebendes Arbeitsfeld für unsere Lehrlingsabteilung offen, das fleißig beachtet werden muß, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Leider hat uns der hier bestehende Jugendbildungsausdruck die Agitationsarbeit auf diesem Gebiete gerade nicht erleichtert, indem er durch ein Mundschreiben an die in Betracht kommenden Körperschaften, so auch an uns selbst, die Aufhebung der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen forderte und vor Neugründung solcher Sektionen seitens der Gewerkschaften dringender warnte. Die Aufhebung unserer Jugendabteilung wurde damit allerdings nicht erreicht, die weitere Agitation unter den Lehrlingen, besonders auf dem Lande, aber auch nicht gerade gefördert. Die bei uns organisierten Lehrlinge erhalten bei einem Beitrag von 10 Pf. pro Woche im gegebenen Falle noch eine wöchentliche Krankenunterstützung von 3 Mk. und werden in ihrer Ausbildung nach Kräften gefördert; die Aufnahme erfolgt ohne jedes Eintrittsgeld, die in der Lehrlingsabteilung geleisteten Beiträge werden nach Beendigung der Lehrzeit in Verbandsbeiträge umgerechnet.

Durch vielfache Heberfiedlung von Fabrikanten nach Offenbach, besonders aus dem nahen Frankfurt, sowie durch die Gründung einer Anzahl neuer Fabriken, ist auch die Zahl der Offenbacher Portefeuller- und Reiseartikelfabrikanten erheblich gestiegen. Das Offenbacher Adreßbuch weist deren 320 auf, wovon 121 handelsgerichtlich eingetragen sind. Manche größeren Firmen befinden sich nicht unter den letzteren, dahingegen wird unter den gesamten im Adreßbuch aufgeführten Fabrikanten auch eine Anzahl uns bekannter Kollegen genannt, die nur Heimarbeiter, ja zum Teil sogar Werkstattarbeiter sind. Nur als Kuriosum sei das erwähnt.

Bei auswärtigen Streiks usw., wie Görlitz, Leipzig, Aetern, griffen die Verwaltungsstellen des Gaus geföhrig in ihren Beutel und übermittelten den Streikenden hübsche Summen zur Unterstüzung. Aus Offenbach allein wurden über 700 Mk. zu diesem Zwecke als Lotalmitteln abgeführt. Trotzdem hat das Gesamtvermögen der Zahlstellen nur unwesentlich abgenommen. In den Lotalkassen der Verwaltungsstellen im Gau liegt immer noch die hübsche Summe von über 12.000 Mk.

Die Bezirkskasse ist von 10.531,22 Mk. auf 11.991,41 Mk., also um 1460,19 Mk., gestiegen. Dabei wurden im Laufe des Jahres, abgesehen von den laufenden Ausgaben für Bureau und Tarifkosten, aus dieser Kasse noch 300,58 Mk. Streitzuschuß bezahlt. Die Bezirksunterstüzungskasse, deren Mitgliederzahl in ihrem Aufzuge begriffen ist, hat im Laufe des Jahres eine Zunahme von 3330,35 Mk. von 11.798,14 Mk. auf 15.128,49 Mk. zu verzeichnen. Lotalkassen, Bezirkskasse und Bezirksunterstüzungskasse zusammen ergaben die Summe von 39.143,44 Mk. Wenn in allen Orten des Industrie-

ein einziges Institut, das instrumentell gut ausgerüstet ist, obwohl man noch besser wünschen möchte, das ist das Kgl. Preussische Astrophysikalische Observatorium in Potsdam. Wohl besteht die Heidelberg Sternwarte auf dem Königstuhl einige vorzügliche Instrumente — die sie übrigens der Amerikanerin Miss Bruce verbannt —, sie ist aber doch nur einseitig ausgerüstet, hauptsächlich für photographische Arbeiten bestimmter Art. Sehen wir uns dagegen die alten Sternwarten an, die meist den Unversitäten angegliedert sind, so können wir nur traurig sein über die Dürftigkeit ihrer Ausrüstung. Was das bormehmige Institut sein möchte, die Berliner Kgl. Sternwarte, zehrt noch immer an den Hilfsmitteln, die bei ihrem Neubau vor 75 Jahren unter Ende angeschafft worden sind. Das Institut erlähnd damals auf das eifrige Bestreben Alexanders von Humboldt im Neubau. Sein Hauptinstrument ist wie damals noch immer der alte 9 1/2füßige Refraktor auf Holzfüße, mit dem schon Galde den Neptun entdeckte, zu einer Zeit, die allein durch ihr Alter schon flächtig geworden ist. Die neue Zeit scheint an diesem Institut spurlos vorübergegangen zu sein. Schon daß die Sternwarte so lange in bölig umhaueter Gegend mitten in der dunstigen Stadt stehen konnte, ist ein Zeichen, wie wenig sich die Regierung genötigt sah, für das Institut etwas zu tun. Vielleicht mag daran schuld sein, daß der langjährige Direktor, der hochverdiente Prof. Wilhelm Foerster, einen so noblen Charakter besaß, sich zu sehr an ebelmütigen freizeithlichen Bestrebungen beteiligte, als oben lieb war, das man ihm aus diesem Grunde den Dämpfer der Nichtbewilligung aufsetzte. Als Foerster sein Amt als Direktor niederlegte, konnte kein Zweifel bestehen, daß ein neuer Direktor nun-

gebietes der 55 Pf. Beitrag obligatorisch eingeführt und an die Bezirksunterstüzungskasse abgeführt würde, können die beiden letzten Massen zusammen gelegt werden, wodurch die Verwaltung wesentlich vereinfacht werden könnte.

Ueber die durchschnittliche Beitragsleistung der einzelnen Verwaltungsstellen im Berichtsjahre mag nach folgende Tabelle Auskunft geben:

Beitragsleistung im Gau Offenbach im Jahre 1910:

Nr.	Verwaltungsstelle	Quartalsdurchschnitt	Jahresdurchschnitt
1.	Wieber	12,52	50,08
2.	Bürgel	12,22	48,88
3.	Gulheim	10,76	43,04
4.	Frankfurt a. M.	11,80	47,20
5.	Gausen	12,43	49,72
6.	Heusenlamm	12,38	49,52
7.	Jägesheim	12,04	48,16
8.	Klein-Aubheim	12,19	48,76
9.	Klein-Steinheim	12,41	49,64
10.	Kämmerpfel	12,79	51,16
11.	Mainz	13,00	52,00
12.	Mühlheim a. M.	12,90	51,96
13.	Neu-Steinburg	12,24	48,96
14.	Offenbach a. M.	12,43	49,72
15.	Obertshausen	12,72	50,88
16.	Rumpenheim	12,55	50,20
17.	Wiesbaden	12,27	49,08
18.	Weistirchen	12,83	51,32
Gesamtdurchschnitt		12,365	49,46

Wie daraus hervorgeht, ist in den einzelnen Orten sowohl als auch im Gesamtdurchschnitt die Beitragsleistung eine zufriedenstellende. Nur 2,54 Beitragswochen pro Kopf entfallen im Jahr auf Arbeitslose, Kranke und Kette.

Darmit glaube ich den Wabericht für das abgelaufene Jahr schließen zu können. Er gibt den Kollegen ein einigermaßen deutliches Bild, wie die Verhältnisse hier gelagert sind und wie gearbeitet wurde. „Ist auch der Boden rau und hart“, er ist wieder um ein gutes Stück beachtet worden und wir bilden voll frohen Mutes in die Zukunft. Die so mühevoll erlangenen Erfolge der Agitation und Organisation sollen uns anteuern und stärken zu neuer Arbeit und neuem Kampf. Die Gelegenheit dazu wird uns ohne Zweifel das Jahr 1911 in überreicher Maße bringen. Für unsere Organisation, vorzugsweise für die Kollegen der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie wird es voraussichtlich ein Kampfsjahr erster Ordnung werden. Mögen in diesem Jahre die Kollegen mehr als je wie ein Mann zusammenstehen, um zu den Organisationserfolgen des abgelaufenen Jahres auch weitere Errungenschaften auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages, weitere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fügen. Nach diesem Rückblick auf das abgelaufene Jahr sei darum unsere Lösung für das Jahr 1911: Mit neuem Mut und neuer Kraft vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

Carl Döj.

mehr als Bedingung der Hebernahme des Direktorats einen Neubau und Neuausrüstung verlangen werde. Das war der Fall. Dennach hat sich die Sache bis jetzt hingezogen. Prof. Struve, bis dahin in Königsberg, ist damit beschäftigt, der Wissenschaft das neue Berliner Institut einzurichten, das auf dem ausgedehnten Gelände am Babelsberge (an das Gebiet von Klein-Glienicke grenzend) erbaut werden wird. Das alte Gelände in Berlin ist durch den Kultusminister vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages verkauft worden. Es war beabsichtigt, das große Gelände für einen Strahendurchbruch zu erwerben, was aber an den hohen Kosten scheiterte. Der Grundstücksverkauf dürfte jedenfalls soviel ergeben haben, daß davon der ganze Neubau und die Ausrüstung bestritten werden könnten.

Zu den umfangreichen Bauarbeiten auf dem Babelsberge gehören auch ein Maschinenhaus mit hohem Schornstein sowie ein dazu gehörender Kohlen-schuppen, deren Einrichtung zuerst in Angriff genommen werden soll. Die dort wohnenden Villenbesitzer haben Einspruch gegen diese Bauten erhoben. Hoffentlich nutzt ihnen nichts, damit der Bau nicht noch verzögert wird; hoffentlich nutzt ihnen aber soviel, daß alle diese Bauten mit Geschmach zur Ausführung gelangen. Was aber am meisten zu wünschen steht, ist, daß bei der Neuausrüstung nicht getausert wird, daß die instrumentellen Hilfsmittel und personellen Verhältnisse so weit geregelt werden, daß dieses Institut den großen amerikanischen Warten nicht bloß ebenbürtig, sondern überlegen wird. Sollte ein Staat wie Preußen nicht imstande sein, ebensowiel zu leisten, wie ein einzelner Großkapitalist drüben in Amerika? Felix Linke.

Kollegen und Kolleginnen! Wer mit der Ausfüllung der Statistischen Karten im Rückstande ist, hole es noch schnelligst nach!

Die Vergebung von Militärlieferungen.

Wiederholt schon haben wir uns mit der neuen Verfüging des preussischen Kriegsministers befaßt, der den Fabrikanten gebietet, an Stelle der Handnabt die Maschinennabt einzuführen. Wir waren nun vor kurzem in der Lage, eine die Verfüging des Kriegsministers sinngemäß wiedergebende Publikation eines Verleidungsamts zum Abdruck zu bringen, in der es in Bezug auf die neu einzuführende Maschinennabt hieß: „Voraussetzung ist jedoch, daß dasselbe Rohmaterial wie bei der Handnabt verwendet wird und daß die Haltbarkeit der Maschinennabt nicht geringer ist als die der Handnabt.“

Wir haben feinerzeit sofort und mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß unter diesen Umständen es eigentlich gar nicht möglich sein dürfte, die Maschinennaberei noch über das bisher übliche Maß auszuweiden. Doch was kümmert sich das preussische Kriegsministerium um Bedenken, die Arbeiter gegen seine Maßnahmen äußern. Die Unternehmer haben sich an einzelnen Orten mit einem wahren Indianergeheul auf diese neue Gelegenheit gestürzt, die ihnen die Möglichkeit bot, ganz exorbitante Lohnabzüge zu machen. Sogar in Berlin, wo doch für die Militäreffektfabrikation ein Tarifvertrag besteht, der u. a. auch die Bestimmung enthält, daß Arbeitseinstellungen und Aussperrungen nicht erfolgen dürfen, bevor nicht die Schlichtungskommission bezw. das Einigungsamt des Gewerbegerichts gesprochen haben, setzten in der jetzigen schlechten Konjunktur einzelne Fabrikanten unserer Kollegenschaft die Pistole auf die Brust mit der Drohung „Frik Vogel oder stirb!“ Sie nahmen die Firmen Wunderlich Nachf. und Franz Cobau Abzüge für durch Maschinennabt erstellte Handnabt vor, die nachher von der Schlichtungskommission um 40-50 Proz. ermäßigt werden mußten, und die — das muß hier klar und deutlich gesagt werden — auch jetzt noch, nach dieser Ermäßigung, eine tatsächliche Verschlechterung der bestehenden Lohnsätze bedeuten! — Doch darin müssen sich unsere Kollegen schon aus dem Grunde fügen, weil sie es für eine Ehrenpflicht halten, einmal geschlossene Vorträge bezw. getroffene Verabredungen und Entscheidungen der betr. Anstalten zu respektieren. In dieser grundsätzlichen Auffassung der Dinge kann und wird auch die Tatsache nichts ändern, daß unsere Unternehmer durchaus nicht so „zimperlich“ sind und, wenn die Gelegenheit günstig erscheint, die Rechnung haben, Rechtsfragen zu Nachfragen auszuweichen zu lassen. So setzte z. B. die Firma Wunderlich Nachf. in Berlin ohne auch nur im Geringsten sich um die Meinung der Arbeiter zu kümmern, einen Abzug für Maschinennabt auf 30 Pf. fest, der schon mit 15 Pf. hoch genug bewertet gewesen wäre. Dieser „Erfolg“ ließ die Firma Cobau natürlich nicht schlafen und man entschloß sich, der Konkurrenz nachzueifern! Nur ging man hier noch etwas „schneidiger“ vor. Man machte unseren Kollegen, wenige Tage vor dem Feste der Liebe: „Wer nicht bedingungslos die von uns diktierten Lohnsätze anerkennt, der mag sich sonstwo um Arbeit umsehen, bei uns gibt es keine!“ Na, und unsere Kollegen, sie verlieren in Ruhe die geistliche Stätte und zeigen, daß sie auch in der schlechtesten Konjunktur und Position, ohne Kampf keines ihrer Rechte preiszugeben gewillt seien! Unsere Kollegen hätten die Arbeit ruhig „bedingungslos“ fortsetzen können, der nachher durch die Schlichtungskommission festgesetzte Preis mußte ihnen auch für die „bedingungslos“ angenommene Arbeit nachgezahlt werden. So begutachtete die Schlichtungskommission mit Recht, denn das Vorgehen der Firma Cobau war in der Tat nichts anderes als ein durch nichts zu rechtfertigender flagranter Rechtsbruch. Doch seid drum! Es kommen auch wieder andere Zeiten, und sicher auch solche, in denen diese Firmen an ihr jetziges Vorgehen wohl nicht gern erinnert werden möchten. Bemerken und festhalten aber wollen wir der Gerechtigkeit wegen auch, daß auch einzelne Firmen, die für die verminderte Handnabt gemachten Abzüge in durchaus billiger, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Weise vorgenommen haben. Aber — das sind keine Berliner Firmen! Ganz allgemein hört man jetzt allenthalben den Ruf des „untergehenden“ Handwerks nach

„Rettung“! Man will in Handwerkertreien jetzt auch nicht mehr nur Steuern zahlen, sondern auch an dem goldenen Regen partizipieren, den der Staat bei Vergebung seiner Arbeiten verteilt. Eine ganze Anzahl von Kleinmeistern und Zünften haben sich schon seit Jahren an den Submissionen beteiligt, auch Arbeit erhalten und — auch Haare in der Suppe gefunden. Aber auch die Regierungen scheinen mit dieser Art Mittelstandsrettung nicht die besten Erfolge erzielt zu haben. Einestheils wegen der ungleichen und wohl auch mangelhafteren Arbeit der vielen Kleinbetriebe, andernteils weil der moderne Staat ein Interesse daran hat, Großbetriebe für die Staatslieferungen zu erhalten, die im Falle der Not z. B. eines Krieges schnell und genügend liefern können. So heißt es z. B. in den Maßnahmen des bayerischen Kriegsministeriums:

„Das Kgl. Bayerische Kriegsministerium hat in der letzten Zeit des öfteren umfangreiche Aufträge an die bayerischen Sattler vergeben. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Veresverwaltung das Bestreben hat, das Handwerk an der Verteilung der Militärartikel teilnehmen zu lassen. Dagegen schreibt die Veresverwaltung jetzt auch, daß sie neben dem Handwerk auch die Industrie hätte berücksichtigen müssen, weil an deren Leistungsfähigkeit im Mobilisationsfälle die Militärverwaltung gleichfalls das größte Interesse hat.“

Interessant ist, was die bayerische Veresverwaltung über die Beteiligung des Schuhmachergewerbes an der Vergebung von Militärlieferungen schreibt. Das Schuhmachergewerbe ist nicht berücksichtigt worden, und dafür ist folgendes als Grund angegeben:

„Von einer Beteiligung des Schuhmachergewerbes mußte bisher und muß auch in Zukunft abgesehen werden, da das gesamte Schuhzeug in den Werkstätten der Verleidungsämter hergestellt wird. Dies ist notwendig, weil bei der außerordentlichen Beanspruchung des Schuhzeuges und bei seiner langen Lagerung im Frieden an die Beschaffenheit des Leders und der Zutaten die höchsten Anforderungen gestellt werden müssen. Um zu erreichen, daß es diesen Anforderungen genügt, muß das gesamte zur Anfertigung des Schuhzeuges erforderliche Material und insbesondere das Leder von den Verleidungsämtern selbst beschafft und während der Anfertigung die Arbeitsleistung nach bestimmten einzelnen Verrichtungen, so nach dem Einbinden, dem Annähen der Sohlen usw., durch die eigenen Organe der Militärverwaltung einer sorgfältigen Nachprüfung und Abnahme unterzogen, nötigenfalls auch zur Umarbeitung zurückgegeben werden. Eine derartige Kontrolle, sowie eine genügende Prüfung des zu fertigen Stüdes verwendeten Materials wäre aber bei einer Vergebung der Anfertigungen nach auswärts nicht durchführbar.“

Und, so fügen wir hinzu, was für die Schuhmacherearbeiten zutrifft, trifft in gleichem Maße für die Sattlerearbeiten zu. Nach spätestens drei bis vier Jahren, wenn man auf den Klammern die „dauerhaften“ Maschinennabt wird zum Teufel gehen sehen, wenn die Tornister und Patronentaschen bei der Angebrauchnahme „von alleine laufen“ werden, wie der Militärattler sagt, dann wird man auch in Bezug auf die Sattlerearbeit zur gleichen Ansicht kommen, wie auf die der Schuhmacherearbeit. Aber so lange wirs dauern! —

Streiks und Lohnbewegungen.

Frei. Zum Streik in der Kinderwagenbranche ist folgendes zu berichten. Es stehen zurzeit 1050 Arbeiter im Streit. Die Firmen F. Döglow und Naumann haben bereits vor Beginn, die Firmen Feiner und Weiser sen. während des Streiks unsere Forderungen bewilligt, so daß jetzt bei vier Firmen zu den geforderten Sätzen gearbeitet wird. Nur bei der Firma E. A. Richter A.-G. geht es noch am tollsten zu. Schon vor Ausbruch des Streiks setzte hier eine wilde Agitation gegen dieselbe ein. Besonders Meister Kollwig im trauten Verein mit Meister Wolfram leisteten das Möglichste, um Streikbrecher zu bekommen. Das ist aber auch die einzige Funtk, welche sie vertieren, denn bei der Arbeit — ja, da gibt es allerdings noch einige Leute, die — noch weniger leisten können. Auch der Vorarbeiter A. Klotz sucht sich eine Streikmedaille zu verdienen. Fuhr doch dieser frühere „Kämpfer“ und B... selbst am Sonntag im größten Schlamm auf dem Rade nach dem zwei Stunden entfernten

Wladib, um hier Streikbrecherinnen zu werben; er versprach freie Eisenbahnfahrt und noch mehr solcher schönen Dinge. Aber er hatte kein Glück und mußte betriibt wie ein Vogler, dem die Felle weggeschwommen sind, seine Straße ziehen. Auch sind vier unserer Kollegen zum Streikbrecher geworden, so: der Sattler Ritsch, Kriegereverleiner, dann die Sattler Alfred Zimmermann, Max Franke, Karl Richter und Max Hindemith; sämtlich aus Freib. Hindemith war organisiert und wurde von Angehörigen zum Streikbruch gezwungen. Schwaben können uns diese vier aber nicht, und unser Kampfesmut ist ungeschwächt. Es stehen jetzt insgesamt 155 Kollegen und Kolleginnen im Streit. Ein Kollege ist abgereist und einige haben sich nicht gemeldet, da sie auf Unterstützung verzichteten. Dies der jetzige Stand. Weitere Berichte folgen. Wir bitten unsere auswärtigen Kollegen, den Zugang weiter so fernzuhalten wie bisher und der Sieg muß sich an unsere Fahnen heften.

Mit kollegialem Gruß
Die Streikleitung.

Berlin. Die hiesigen Geschirrsattler stehen bereits seit dem Herbst in einer allgemeinen Lohnbewegung. Die Löhne dieser Berufsgruppe sind ungemein niedrige und seit Jahren nicht wesentlich geändert worden. Eine sehr berechtigte Sprache spricht die bereits von uns im Vorjahre veröffentlichte Lohnstatistik. Erfreulicherweise scheint diesmal auch die Stimmung einzufehen, daß eine Ausbesserung der Lohnverhältnisse dringend nottut. Bei etwaigen Arbeitsangeboten ersuchen wir dringend, erst bei unserer Ortsverwaltung anzufragen.

Frankfurt a. M. Partiieller Streit und drohende Gesamtaussperrung in den Adlerwerken vorn. H. Meyer. Die Ladiere der Automobilfabrikation der Adlerwerke traten am Samstag einmütig in den Ausstand, da die Direktion einen Teil ihrer Lohnforderungen ablehnte und sich auf weitere Verhandlungen nicht einließ. Die Ladiere hatten einen Anfangslohn von 42 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahren und einen Stundenlohn von 45 Pf. für Arbeiter über 20 Jahren verlangt; ferner eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne, sowie Erhöhung einzelner schlechter Affordpreise. Ueber die Regulierung der Affordpreise wurde mit der Direktion eine Einigung erzielt, ein Entgegenkommen bezüglich der Anfangslohne wurde aber rundweg abgelehnt, da dies eine prinzipielle Forderung und als solche unannehmbar für die Direktion sei. Um auch in diesem Punkt zu einer Einigung zu kommen, stellten die Ladiere ihre Forderung bezüglich der Anfangslohne zurück und verlangten nur eine allgemeine Lohnerhöhung um 10 Proz., analog der Erhöhung der Affordpreise. Die Forderungen der Ladiere waren also gewiß bescheiden. Die Direktion ließ sich aber auf eine allgemeine Lohnerhöhung nicht ein und darum kam es zur Arbeitsüberlegung. Die Firma droht nun mit der Stilllegung des ganzen Betriebes, in dem zirka 3000 Arbeiter beschäftigt sind, falls keine Einigung mit den Ladiere erzielt werde. In diesem Falle können auch die dort beschäftigten Sattler, deren Zahl uns augenblicklich nicht bekannt ist, in Frage.

Aus Industrie und Handel.

Eine Lederwarenfabrik in Shanghai! Das I. I. Generalkonsulat berichtet nach „Häute und Leder“ seiner Regierung folgendes: Eine von den Industrien, die sich in einem allmählichen aber sicheren Aufstiege befinden, ist auch die Lederindustrie. In Shanghai (China) gibt es dafür ein glänzendes Beispiel. Es ist die Ku-hua-Lederwarenfabrik mit den namhaften Erfolgen, die sie in den letzten Jahren aufzuweisen hat. Unter der Leitung des Präfecten Yen-Hueh-po produziert sie Waren, die den europäischen Erzeugnissen vollkommen gleichstehen, die aber den hohen Verzehr haben, daß sie 30 bis 40 Proz. billiger sind. Während seines letzten Aufenthaltes in Shanghai ließ Vizekönig Tuan-fang in der Fabrik mehrere Arten Lederkoffer und Leder-taschen anfertigen. Nachdem er sich von der Güte der gelieferten Waren überzeugt hatte, bestimmte er, daß die Division in Kanton ihren Bedarf nunmehr stets aus dieser Fabrik beziehen solle. Ebenso beauftragte er die Gouverneure und kommandierenden Generale in Kiangsu, Suhn, Kiangbis und Kiangpo, in gleicher Weise vorzugehen.

Eine umfassende und zuverlässige Lohnstatistik ist das einzige beweiskräftige Argument, mit dem unsere Lohnforderungen begründet werden können.

Hiernach scheint es sich also um eine Militär-ausrüstungsarbeit zu handeln, wir werden dann eben wohl in Zukunft, wie es scheint, keine chinesische Militärarbeit in Deutschland bezw. Europa mehr anfertigen bekommen. Auch ein Stück „Gelbe Gefahr“. Interessant ist in dem Bericht auch die große „Fackelentzündung“ eines chinesischen Vize-Königs, das klingt fast heimlich, man möchte beinahe sagen: „Ganz wie bei uns!“ Oder sollte bei der Entscheidung des Vizekönigs weniger dessen Fackelentzündung, als der „Fackelzug“ des betreffenden Unternehmers mitgewirkt haben? Na, uns solls nicht kümmern, es ist ja in — China!

Erhöhter Bedarf in Treibriemen für Rußland.
Berichte der k. k. österreichisch-ungarischen Konsulate in Rußland weisen neuerdings darauf hin, daß sich mit der für die nächste Zeit zu erwartenden Belebung der industriellen Produktion ein erhöhter Bedarf für Treibriemen geltend machen dürfte. Speziell kommen hierfür wohl die westrussischen Gouvernements in Frage, insbesondere Polen, indem sich nach der industriellen Krise der letzten Jahre dort noch und nach wieder Verhältnisse einstellen, die der Industrie eine ruhige Entwicklung gewährleisten.

Aus unserem Beruf.

Das heißt ein Geschäft! Das „Vollblatt“
in Buchum schreibt:

Wir hatten in unserem Flugblatt darauf hingewiesen, daß die Steuergrößen nicht immer im Sinne und zum Besten der Bevölkerung Verwendung finden, sondern des öfteren einzelnen Kategorien auf Kosten der Allgemeinheit erhebliche Vorteile verschafft würden. Unter anderem hatten wir mitgeteilt, daß dem Sattlermeister Knapp ohne Zulassung der Konkurrenz die leibweise Lieferung von 22 Pferdegeschirren für den städtischen Fuhrpark übertragen wurde. Knapp erhält für jedes Pferdegeschirr, das neu 120 Mk. kostet und für diesen Preis nach sachmännischer Ansicht 6 Jahre halten muß, ohne daß größere Reparaturen notwendig werden, eine Leibgebühr von 90 Mk. pro Jahr, in 6 Jahren also pro Geschirr 540 Mk. Das ist ein Verdienst von 420 Mk. pro Geschirr, oder insgesamt 9240 Mk. Nun soll allerdings die Leibgebühr im Sommer auf 78 Mk. herabgesetzt sein, was den Profit aber nur um ein geringes mindern würde.

Wir hatten erwartet, daß die Stadtverwaltung zu unseren Angaben Stellung nehmen und Memordur schaffen würde. Unseres Wissens ist das nicht geschehen. Bisher hat die Stadtverwaltung geschwiegen. Wir sind der Ansicht, daß es Pflicht der Stadtverwaltung ist, der Bürgerchaft Aufschluß zu geben und den betreffenden Beamten, welcher den Vertrag mit Knapp abgeschlossen hat, zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir können doch nicht gut annehmen, daß der Magistrat einen bezartigen Verbrauch öffentlicher Gelder gutheißt. Sollte das dennoch sein, so ist es Pflicht der Stadtverordneten, den Magistrat zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen.

Man sieht, die Sattlermeister verstehen es auch sehr gut, „Geschäftchen“ zu machen! Aber das ist ja in diesen Gemeinden in der Regel so, daß die „strammen Parteigänger“ ohne jede Konkurrenz zur Futtertrippe zugelassen werden. Wir wissen nicht, wer zurzeit gerade in Buchum die Futterstellen zu vergeben hat, ob die Ultramontanen oder die Nationalliberalen, es ist zwar auch unerle, denn beider oberster Grundsatz ist: „Eine Hand wäscht die andere“. Doch halt, noch eins!

Daß Herr Sattlermeister Knapp ein locheres Stückchen Geld ohne große Mühe verdient, steht nach obigem fest! Wie hält es der Herr mit der Bezahlung der bei ihm beschäftigten Sattler? Es würde uns wirklich interessieren zu erfahren, ob hier ein offenbar „sehr gesunder“ Warenpreis auch ebenso gesunde Arbeitslöhne zeitigte? Somit sagt und klagt man doch immer, daß nur die niedrigen Verkaufspreise keine höheren Löhne zulassen! —

Reform der Gefängnisarbeit? Endlich scheinen die Bemühungen auf eine Reform der Gefängnisarbeit einen kleinen Erfolg zu versprechen. Der heilige Fiskus scheint nun auch zu einer anderen Ueberzeugung bezüglich der Gefängnisarbeit kommen zu wollen. Jedenfalls haben in den letzten Tagen in den Räumen des Moabiters Gefängnisses

zwischen den Vertretern der Staatsregierung und Delegierten der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern Beratungen stattgefunden, welche auf eine Abänderung des bisherigen Programms schließlichen lassen. Man einigte sich auf folgende Vor schläge:

Der Herr Finanzminister soll ersucht werden, größere Mittel für landwirtschaftliche Nutzzwecke bereitzustellen.

An Privatunternehmer werden Gefangene nicht mehr vermietet.

Maschinen sollen in Strafanstalten nur mit Handbetrieb zugelassen werden.

Für jede Provinz wird ein Beirat aus je einem Vertreter des Handwerks, des Handels, sowie der Landwirtschaft ernannt, welchem das Recht der Beschichtigung aller Provinzial-Strafanstalten zuteilt und dessen Vorschläge vom Zentralbeirat geprüft und evtl. in die Praxis umgesetzt werden sollen.

Die Festsetzung der Preise für die Arbeiten der preussischen Strafanstalten auf 75 Proz. der ortsüblichen Preise bleibt einer weiteren Beschlußfassung vorbehalten.

Der Zentralbeirat tritt innerhalb Jahresfrist wieder zusammen.

Das ist ja sicher noch nicht viel, aber es ist doch ein Anfang, der immerhin zu begrüßen ist. Denn je weniger den freien Arbeitern von den Inzassen der Gefängnisse Konkurrenz bereitet wird, desto mehr werden die freien Arbeiter davor geschützt, aus Rot Inzassen der Gefängnisse zu werden.

Daß auch einzelne „Arbeitgeber“ in unserem Beruf vorhanden sind, die diese Entwicklung mit Schrecken vor sich gehen sehen, kann uns nicht hindern, diese Entwicklung zu begrüßen. Der einzige wirklich fühlbare Schaden dürfte höchstens der sein, daß nach 25 Jahren keine Firma zu ihrem 25jährigen Stiftungsfeste ein Festgeld sängen lassen könnte, wie seimezeit die bekannte Firma Arnade in Görlik. Die erste Strophe dieses „Liedes“, von dem übrigens der alte Arnade händierend gesagt haben soll: „Welcher Gesel hat denn bloß das wieder gedichtet?“ lautete bekanntlich also:

Der Jahre fünf und zwanzig heut
Sind seit dem Tag vergangen,
Da unser Chef mit fünfzehn Leut
Im Zuchthaus angefangen. — —

England. Das „Vollblatt“ „Saddlery and Harness of Wallis hall“ unterbreitet den englischen Geschirrfachlern eine gute Idee, welche auch bei uns billigerweise in Betrachtung gezogen werden kann: „Begegnungswärtig du dich“, sagt das Blatt, „daß die Arbeit des Geschirrfachlers eine große Verantwortung in sich schließt und daß viel von dem Arbeiter abhängt, sobald er eine Geschirrgarnitur anfertigt? Der Gebrauch eines schlechten Gurtes, eines defekten Eisenteils oder einige unvollkommene Stiche, vermögen einen kostspieligen Unfall zu erzeugen, sogar das Leben gefährden. Es liegt also diesem Berufe ein viel größeres Verantwortlichkeitsgefühl zugrunde, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Diese Verantwortlichkeit wird auch durch die Geschirrhändler voll und ganz anerkannt, und sie treten den beruflichen Schleudern dadurch entgegen, daß sie auf gutes Material und zugleich auf erstklassige Arbeit großen Wert legen! Auch der Käufer sollte dieses mehr berücksichtigen und nicht mit dem Gelde beim Einkauf geizen, sobald ihm volle Garantie für gute Arbeit und gutes Material geboten wird, von welchem Umstände mitunter selbst sein Leben abhängt. Ist es doch oft nachgewiesen, daß ernste Unfälle, wie das Durchgehen des Pferdes, mit größeren Verletzungen für Menschen und Tiere nicht hätten stattfinden können, wenn das gesamte Zaumzeug und die Reinen im tadellosen Zustande gewesen wären! Aber hier heißt es: Wie der Lohn so die Arbeit!“

Amerika. Unser Wanderorgan „The Leather Worker Journal“ veröffentlicht ein Schreiben des offiziellen Organs der „National Association of Manufacturers“ über die wahrscheinliche industrielle Lage für das Jahr 1911, in dem es unter anderem heißt: „Jedem Unglück schwebt nicht in der Luft und auch keine Panik ist in Sicht, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß das Land eine lange Periode niedergehenden Geschäftsganges erfahren wird, ständige Besorgnis und ziemlich harte Zeiten werden kommen, wenn unsere Geschäftsleute der Lage nicht die Stützen bieten und eine gesunde und stabile Verwaltung in ihrem

Geschäftsangelegenheiten einführen. Das Kapital wird sicher und gut angelegt werden. Spekulationen auf wahrscheinliche zukünftige Wünsche müssen eingeschränkt werden, und die Arbeit muß ihren Anteil an dem Aufleben des Handels der Nation nehmen. Das heißt: sagt mit anderen Worten der derzeitige Präsident unserer Probekongregation, unser Genosse E. Bryan, „Die Arbeiter haben Kohlen und Zierungen, verlängerte Arbeitszeit und sonstige unangenehme Bedingungen bezüglich der Arbeit seitens der Fabrikanten zu gewärtigen.“ Gleichzeitig hieran die Forderung knüpft, daß es unter genannten Umständen am so notwendiger sei, der Organisation beizutreten, um mit ihrer Hilfe alle Angriffe der Fabrikanten vor sich abwehren zu können.

In Bezug auf die innere Ausgestaltung der Organisation heißt es: Einmütig trat der Ausschuß für einen neuen Passus im Statut ein, welcher nur die absolute Majorität als entscheidend bei allen Fragen, die zur Abstimmung gelangen, anerkennt. Des weiteren wurde beantragt, die Mitgliedschaft in zwei Klassen zu teilen, in die „industrielle“ und in die „unbringende“! Die „industriellen“ Mitglieder würden jene sein, welche nur den regulären Beitrag zu zahlen brauchen. Die „bevorzugten“ Mitglieder sind diejenigen, welche reguläre Beiträge und einen Extrabeitrag für Unterhaltungen zu zahlen haben. (Obwohl wir wissen, daß die amerikanischen Gewerkschaften noch manchen Kopf, manches, namentlich aus Deutschen ganz Unverständliche, mit sich zu schleppen pflegen, knigt uns diese Nachricht etwas unangenehm! Es sei denn, unter den „unbringenden“ Mitgliedern sind solche zu verstehen, die gar nicht im Berufe arbeiten, die Klassen der Organisation auch nicht in Anspruch nehmen, sondern nur wohlhabende „Gönner“, schließlich auch Unternehmer sind, die sich als sogenannte Ehrenmitglieder entziehen und bezichtigen lassen, wie es hierzulande noch in einzelnen Parsonsdiskussionen der Fall ist. D. M.) Ferner wurde beantragt, daß der Generalsekretär bei den Generalversammlungen in dessen Abwesenheit vertreten kann, um somit gleichzeitig als Sekretär die administrativen wie allgemeinen Geschäftsangelegenheiten erledigen kann.

Die sechste Konvention (Jahresversammlung) der United Brotherhood of Leather Workers fand im November 1910 zu Chicago statt. Die Delegierten waren aus allen Teilen der Vereinigten Staaten anwesend. Der zweite Vizepräsident führte in seinem Replique aus: Unsere Organisation sei als eine industrielle Organisation geschaffen worden, und daß der Unterhaltungsbeitrag derselben nur als nebensache zu betrachten sei. Der Zweck der Organisation sei vor allen Dingen, bessere Zustände, kürzere Arbeitszeit zu schaffen und sonstige Mißstände unseres Berufes, mit denen wir täglich in Kontakt kommen, zu beseitigen.

In der Sitzung wurde über die Zustände der verschiedenen Städte, sowie über das „christliche“ System der schwarzen Listen unserer Herren Arbeitgeber diskutiert. Rechtsfreiheiten wurden gründlich durchgenommen, mit all ihren Zurückziehungen, welche aufgezählt werden konnten.

In der Nachmittagsitzung kam man unter anderem darüber überein, daß ein Passus in das Statut eingefügt werden, welcher es allen Filialen zur Pflicht macht, auf Verlangen die Hauptverwaltung mit Informationen zu versehen; bei nicht befolgender Ausführung sollte eine Geldbuße erhoben werden.

Korrespondenzen.

Allgesehen. (E. 27. 2.) Am Sonntag, den 19. Februar, fand im Saalbau unsere außerordentliche Generalversammlung statt, der am Morgen eine Hausagitation vorausgegangen war, durch die schon einige Kollegen in den Verband aufgenommen wurden. Auch in dem nahegelegenen Luthenhofen hatte eine Hausagitation stattgefunden, auch diese Kollegen besuchten am Nachmittag unsere Versammlung.

Kollege Kern erteilte den Bericht von der Bezirkskonferenz, der von dem Kollegen Wolter noch eingehend ergänzt wurde. Es wurde der Antrag gestellt, den 55-Pf. Beitrag vom nächsten Sonntag ab in unserer Zahlstelle einzuführen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Wolter sprach hierauf über die nächste Tarifbewegung; die anwesenden Kollegen zeigten ein leb-

bautes Interesse für diese Ausführungen, so daß am Schluß der Versammlung noch 8 Kollegen dem Verband beitraten; wir haben somit eine Zunahme von 12 Mitgliedern erreicht. Daraus wurde die Versammlung geschlossen.

Offingen. (E. 22. 2.) Endlich ist es auch hier gelungen, die bei der Firma Steub beschäftigten Treibriemenfahler und Hilfsarbeiter zur Organisation zu bewegen. Zu diesem Zweck fanden in der letzten Zeit mehrere Werkstatteversammlungen statt. Zu denselben war einmal der Kollege Kärcher und des öfteren der Gauweiler Mg von Stuttgart erschienen. In diesen Zusammenkünften wurde hauptsächlich über die schlechte Entlohnung debattiert. Ferner wurden auch die beiden Werkführer scharf kritisiert. In der letzten Versammlung wurden nun einige Forderungen aufgestellt und beschlossen, daß diese von einem gewählten Arbeiterausschuß eingereicht werden, was dann auch geschah. Die Antwort darauf wurde uns von der Firma schriftlich gegeben. Wir erhielten im Durchschnitt 8 Pf. Aufbesserung pro Stunde; was ja allerdings bei den sehr niedrigen Löhnen nicht viel ist. Ferner erhalten wir für Heberstunden jetzt 25 Proz. Zuschlag (bisher 10 Proz.), für Sonntagarbeit in der Fabrik 50 Proz. und für Montagearbeit Sonntag 30 Proz. Zuschlag. Die Forderung betr. Arbeitszeitverkürzung (nämlich 4 Stunden am Sonntag) wurde uns nicht gewährt. Ein achtstägiger Zahlung wurde uns auch nicht gewährt, da derselbe angeblich für die Firma mit zu viel Arbeit verbunden sei, wir erhalten nun aber dafür einen Abschlagszahlungstag mit vierzehntägiger Abrechnung. Wir ermahnen die Kollegen, treu zur Organisation zu halten, damit uns die jetzigen Verbesserungen auch erhalten bleiben und der Weg frei wird für weitere Aufbesserung unserer Wirtschaftslage, da diese, gemessen an den Zuständen anderer Fabrikationsorte, noch immer zu wünschen übrig läßt.

Narmen-Eberfeld. (E. 21. 2.) Am 11. Februar fand im Eberfelder Volkshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Unter „Geschäftlichem“ wurde zunächst ein Schreiben von der Tarifkommission verlesen, welches die in der Vorunterfertigung getroffenen Änderungen betr. Maschinenarbeit behandelte. Ferner enthielt das Schreiben die Mitteilung, daß die Tarifkommission eine Informationsstour nach hier plant und ist als Zeitpunkt Ende März in Aussicht gestellt. Die Kollegen begrüßten dieses Vorhaben und fanden den angelegten Zeitpunkt für gut. Nunmehr entspann sich über den Leitartikel in Nr. 4 unserer Zeitung eine längere interessante Diskussion. Kollege Bachmann legte als erster Redner dar, daß der in Frage stehende Artikel das Augenmerk der Kollegenschaft auf sich gelenkt habe, und nicht nur das, nein, es habe sich auch über den Inhalt eine „berechtigte Enttäuschung“ bemerkbar gemacht. Redner ging sodann auf den zum Teil von unserer Zeitung wiedergegebenen Vortrag des Domburger Genossen v. Elm ein, und kritisierte scharf die Stellung unserer Zeitung, welche in einem Anhang zu obigem Vortrag die Worte v. Elms für absolut richtig und einwandfrei befunden habe. Dadurch sei die Arbeiterschaft insofern der Bezeichnung als „urteilslose Klasse“ misachtet worden. Eine derartige Ignorierung der aufgeklärten Arbeiterschaft, welche dank ihrer Selbstbildung sich auch ein eigenes Urteil zu bilden in der Lage sei, könne man sich nicht gefallen lassen, und fordere darum die Haltung unserer Zeitung den schriftlichen Protest heraus. Alsdann ergriff das Wort der Kollege Strauß. Selbiger findet die Polemik unserer Zeitung gegen den Genossen Dr. Anton Pannetier für unredlich, und erwähnt, daß die Artikel des Dr. A. P. in vielen Parteizeitungen veröffentlicht und durchweg zern gelesen würden. Seine manchmal kritische Haltung gegenüber Gewerkschaftsführern sei sehr oft vollumfänglich berechtigt. Nachdem noch mehrere Kollegen zu dieser Sache gesprochen hatten, und sich ebenfalls auf den Standpunkt der beiden Vorredner stellten, wurde eine von Kollegen Hubert vorgeschlagene, die Haltung der Redaktion mißbilligende Resolution einstimmig angenommen. Es folgte nun eine Resprechung über die Zustände in den hiesigen Treibriemenfabriken. Der Vorsitzende führt aus, daß trotz aller Bemühungen in den genannten Betrieben die Verhältnisse dieselben geblieben seien. Die Schuld an den recht bellagenden Zuständen treffe neben den Inhabern auch die dort beschäftigten Kollegen, welche infolge ihres gleichgültigen Verhaltens gegenüber dem Verband und allem, was ihre Lebenshaltung zu verbessern imstande sei, sich ihre schlechte Stellung selbst zuzuschreiben haben. Es gäbe allerdings einige Ausnahmen, diese ändern aber nichts an der oben konstatierten Tatsache. Dann und wann bringe mal ein Mägelaut aus einem der Eberfelder an das „Verbandsrohr“. So auch jetzt ist es wieder die Firma Ebelbrud u. Sohn hier am Ort, welche den Kollegen durch despotisches Auftreten und durch schlechte Behand-

lung das Leben unerträglich macht. Wer es wagt, auf Grund einer sachmännischen Kompetenz mal ein Wortchen zu reden, der kann sich auf einen obligaten Mißfall vom hohen Betriebsinhaber gefaßt machen. Wer es aber gar wagen wollte, einmal die dortigen Zustände zu kritisieren, den würde Herr Ebelbrud schonungslos auf sein „Hausrecht“ hinweisen und das Strafgericht wäre jenen sicher. Umsonst hat sich nicht unter den Kollegen der treffende Reim eingebürgert:

Bei Firma Ebelbrud u. Sohn
Gibt's viele Arbeit und wenig Lohn!

Diese Zustände mißlicher Art werden erst schwänden, wenn sich die dortigen Kollegen auf ihr Menschenrecht besinnen und durch die Organisation Remedur geschaffen wird. Die Diskussion, welche nach manchem aus dem Bereich von Ebelbrud u. Sohn zutage förderte, warf auch ein großes Licht auf die Verhältnisse in der Treibriemenfabrik von Karl Witting junior in Eberfeld. Der Betrieb liegt auf derselben Höhe wie der oben geschilderte, nur mit dem Unterschied, daß es hier nicht der Herr Witting selbst ist, welcher durch schändliche Mißhandlungen sich als „harter Mann“ produziert, nein, dieser Herr ist sehr loyal. Der harte Mann, das ist in diesem Mißerbetriebe ein gewisser Ehrenfried. Selbiger hat in seiner Eigenschaft als Mitinhaber des Geschäftes seinem Namen wahrhaft Ehre gemacht. Leute, welche dort um Arbeit anfragen, werden erst nach ihrer Organisationsangehörigkeit gefragt, kommt jemand und fordert bei einer Entlohnung von 22 Mk. pro Woche und darunter Zulage, dann heißt man denselben aus der Organisation austreten, er habe ja dann pro Woche 50 Pf. mehr. Diesem ganzen geht sich ebenbürtig die Art, wie in dem Betriebe die Kaufen eingehalten werden. Für Heberstunden und Sonntagarbeit kennt man keine prozentuale Stundenlohnserhöhung, das steht der Unternehmer sicher selbst ein. Zu vermerten ist noch, wie der Meister (ein früherer Schlosser), bei fraglicher Firma zu allem sich verhält; man bezeichnet denselben mit Recht als die Triebfeder aller Schikanen gegen die Arbeiter, von dem Manne kann man übrigens auch noch ein anderes Viehdien singen. Wie schon erwähnt, bedürfen die Zustände einer unbedingten Änderung, und sind denn auch von Vorstands Versammlungen bei in Frage kommenden Betrieben in Aussicht gestellt worden. Nachdem man noch für nächsten Monat ein Frühlingfest beabsichtigt hatte, fand die gutbesuchte Versammlung ihren Schluß.

Treßden. (E. 25. 2.) Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich über die Bestimmungen unseres Statuts zu unterrichten und auszusprechen, wurde von der Verwaltung der Kollege Berndt beauftragt, in der am 22. Februar stattfindenden Versammlung einen entsprechenden Vortrag zu halten. Unser Verband — Pflichten und Rechte der Mitglieder — lautete nun das Thema, über das der Kollege Berndt referierte. Am ersten Teil seiner Ausführungen die Entscheidung und Entwicklung unserer Organisation schildert, dabei speziell die Treßdener Verhältnisse veranschaulichend, zeigte der Redner an Zahlen, wie sich unsere Zahlstelle immer mehr gehoben hat und was in den Jahren seit der Gründung schon geleistet worden ist. Zu den Pflichten der Mitglieder rechnet Redner neben dem Beitragszahlen vor allem das Leben unserer Fachzeitschrift, einwandfreies Verhalten dem Arbeitgeber und den Kollegen gegenüber, die im Statut vorgezeichneten Meldungen bei eintretender Krankheit, Arbeitslosigkeit und Abreise. Bei pünktlicher Einhaltung und Erfüllung dieser Pflichten wird sich jeder auch mit Leichtigkeit die Rechte sichern, die ihm durch die Organisation gewährleistet sind. Reicher Beifall lohnte die zirkelständigen Ausführungen. Bedauerlich war, daß die Versammlung so mäßig besucht war, es mochten ungefähr 70 Kollegen anwesend sein. Die größte Wertigkeit hier am Platze, G. L. Lippold, war laut Präsenzliste durch acht Kollegen vertreten. Unter den Abwesenden befand sich vermutlich noch eine große Anzahl Nichtswisser.

Eine längere Diskussion entwickelte sich im 2. Punkt „Allgemeines“: Von einem Kollegen wurde zunächst noch einmal die nach seiner Meinung ungerechtfertigte Nichtwiederanstellung des früheren Kartelldelegierten scharf kritisiert. Kollege Richter besprach kurz die Krankentafelfrage und den Wert der Doppelversicherung, dabei auch mit einigen Worten auf die hiesige Lokalkrankentafel eingehend. Kollege Müller warnt vor den sogenannten Privatkrankentafeln, gleichzeitig die Zentralfasse der Sattler und Portefeuller empfehlend. Kollege Stener verteidigt die Lokalkrankentafel und gesteht sich die weitere Aussprache an einer Polemik zwischen Anhängern der Lokal- und der Zentralfassentafel.

Am Schluß wird noch auf das am 4. März stattfindende Vergnügen und die am 12. März in Aussicht genommene Besichtigung des neuen Schlachthofes hingewiesen.

Chrdruß. (E. 25. 2.) Eine Versammlung der Sattler tagte am 17. Februar im Restaurant „Deutscher Hof“. Gauweiler Rüdch sprach über: „Die Lage der Sattler in Chrdruß“. Hierzu führte er aus: Der Begründer der Chrdrußer Spielwarenindustrie ist der im Jahre 1906 verlebte Fabrikant Meinung. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Industrie zu der heutigen Bedeutung entwickelt. So sind jetzt Hunderte von Arbeitern in den Fabriken beschäftigt. Auch ebenso viele haben zu Hause und verrichten Heimarbeit. Die Fabrikanten sind in den Jahren reich geworden. Sieht doch die Industrie der Spielwaren auf eine Entwicklung von 10 Jahren zurück. Die Arbeiter haben es jedoch nicht verstanden, sich eine bessere Lage zu verschaffen. Das Glend der Spielwarenindustrie ist geradezu sprichwörtlich geworden. Alle Begehrensungen einer unterdrückten Arbeiterschaft spiegeln sich in den Arbeitsbedingungen wider. Zunächst muß die einstündige Arbeitszeit unter allen Umständen verkürzt werden. Es gibt noch eine Anzahl Arbeiter, die sich außerdem noch bis tief in die Nacht hinsetzen und Heimarbeit verrichten. Diese unvernünftige Arbeitsweise hat zur Folge, daß die Gesundheit untergraben wird. Die Mehrzahl der Arbeiter wird durch die Not dazu getrieben, um den Lebensunterhalt für die Familie zu erwirtschaften. Es gibt aber welche, die es nicht nötig haben, bei denen es nur Dabgier ist. Chrdruß liegt in einer herrlichen Gegend, schöne Berge und prächtige Wälder liegen ringsum. Kranke Menschen kommen von auswärts, um sich hier zu erholen. Die Chrdrußer Arbeiter aber haben wenig Zeit, sich an der freien Luft zu bewegen — sie werden krank. — Es gibt eine große Anzahl lungen- und nervenkranker Kollegen. Einige Kollegen arbeiten in Zeilohn, die Mehrzahl aber in Akord. Abzüge sind wiederholt gemacht worden, bis zu 10 Prozent, ohne daß sich die Arbeiter gerührt haben. Der Stundenlohn beträgt 20—24 Pf. Im Akord wird ein Schichtlohn bis 2000 Mk. im Jahre erzielt. Mit diesem hohen Verdiennt geben die Fabrikanten renommieren. Sie erzählen jedoch nicht, daß diese 2000 Mk. durch drei geteilt werden muß. In der Fabrik bei 11-stündiger Arbeitszeit wird dieser Verdienst nicht erreicht. Die Leute nehmen Arbeit mit nach Hause, da helfen Frau und Kinder mit und sitzen bis in die Nacht und arbeiten. Der Durchschnittsverdienst eines Sattlers beträgt 900 Mk. im Jahre. Der Lebensunterhalt ist, mit Ausnahme der Wohnung, ebenso teuer wie in der Großstadt. Bis jetzt haben sich die Sattler von der Organisation ferngehalten. Die Fabrikanten sind auch hier früher aufgetreten, denn sie gehören dem Industriellenverbande an. Der Fabrikant Braun hat es ja dem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes gesagt, daß er bei 1000 Mk. Konventionalstrafe mit den Gewerkschaften nicht verhandeln darf. Statt daß nun die Kollegen den Fabrikanten nachsichtigen und sich auch organisieren, herrscht Reid und Mißgunst unter ihnen. Dieser Zustand wird von den Fabrikanten noch systematisch gefördert und begünstigt. Einige Arbeiter bekommen immer etwas bessere Arbeit und halten sich diese darum fern von den Organisationsbestrebungen. Diese Glückspilge kennen keine Solidarität. Es ist die Pflicht der anderen Arbeiter, daß sie darauf drängen, daß die Arbeit gerecht verteilt wird.

Ein großer Feind der Gewerkschaften in der Fabrikant Knippenberg, Inhaber einer Patentmattfabrik. Obwohl hier die 10-stündige Arbeitszeit besteht, läßt der Lohn auch zu wünschen übrig. Wiederholt sind Abzüge auf die Akordpreise gemacht worden, ohne daß sich die Leute dagegen auflehnten. Dabei besteht eine Angst vor den Fabrikanten, die bald an Freiheit grenzt. Die Kollegen denken, wenn sie sich dem Verbands anschließen, daß sie dann entlassen werden. Diese Firma errichtet in Warkschau einen Zweigbetrieb, um den russischen Zoll zu sparen. Nun ist nicht ausgeschlossen, wenn dieser Betrieb eingerichtet ist, daß in Chrdruß eine Anzahl Kollegen entlassen werden. Mit einer Schicksalsgeduld lassen die Arbeiter alles dieses über sich ergehen. Nur für die Gewerkschaft wollen sie sich die Finger nicht verbrennen. Mit der Wahrung, nun endlich einmal sich aufzuräumen und der Gewerkschaft anzuschließen, schloß der Referent.

Es wurde die Gründung einer Filiale beschlossen. Vom Fabrikarbeiterverband tritt eine Anzahl Sattler zu uns über, außerdem schließen sich 10 Kollegen an. Die neue Verwaltungsstelle wird an 30 Mitglieder zählen. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Otto Schmidt gewählt. Mit dem selben Vorsch, bessere Verhältnisse in Chrdruß herbeizuführen, gingen die Kollegen auseinander.

Außerordentliche Generalversammlung der Bezirks-Untersuchungskasse des Industriebezirks Offenbach, abgehalten am 20. Februar in Offenbach. Nach Erlebigung des Kassenberichts führte der Kollege Wehmel in kurzen Zügen den Anwesenden die Notwendigkeit der Herabsetzung der Karenzzeit für die

jenigen Mitglieder, deren Verwaltungsstellen sich bis 1. April 1911 korporativ der Kaffe anschließen, vor Augen. Die Grundlage seiner Ausführungen bildeten die Beratungen der kürzlich stattgefundenen Bezirkskonferenz, die zur Annahme einer Resolution führten, welche die Zusammenlegung der beiden Bezirksstellen fordert. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn der 55-Pf.-Beitrag im ganzen Bezirk obligatorisch eingeführt wird. In einer sehr anregenden Diskussion, in welcher der Kassierer der Bezirksstellen, Kollege Krüger, auf Verlangen der Anwesenden ein klares Bild unseres komplizierten Kassensystems gab, sprachen sich die Kollegen Orth, Faulstich, Buch, Hornstein und Jung wiederholt für obigen Vorschlag aus, so daß der Kollege C. Wolter als Vorsitzender der Versammlung diese mit der Annahme des nachstehenden Vorschlages schließen konnte:

Vorschlag betr. korporativen Anschluß an die Bezirksunterstützungsstelle.

Der § 4 des Statuts wird bis zum 1. April des Jahres 1911 für diejenigen Verwaltungsstellen bezw. deren Mitglieder außer Kraft gesetzt, die sich bis zu diesem Termin durch obligatorische Erhebung von 55 Pf. Wochenbeitrag voll und ganz der Bezirksunterstützungsstelle anschließen und für alle männlichen Mitglieder den Wochenbeitrag von 5 Pf. an die Verwaltung der Kaffe abliefern.

Die Mitglieder dieser so obligatorisch bis zum 1. April 1911 angeschlossenen Verwaltungsstellen haben zum Bezug der statutgemäßen Unterstützung ausnahmsweise nur eine vierteljährliche Karenzzeit durchzumachen, sind somit mit dem 1. Juli 1911 resp. nach 13wöchentlicher Beitragsleistung bezugsberechtigt.

Teilanschlüsse von Mitgliedern einer Verwaltungsstelle, ohne obligatorischen Beitrag, können auch vor dem 1. April nur nach dem geltenden Statut erfolgen, d. h. mit einjähriger Karenzzeit.

Obligatorische Anschlüsse ganzer Verwaltungsstellen, die nach dem 1. April 1911 erfolgen, haben ebenfalls keinen Teil an der obigen Verfügung.

Essenbach a. M., 20. Februar 1911.

Die Verwaltung.

Soziales.

Gewerkschaftsunterstützungen in Braunschweig steuerfrei. Diese Entschcheidung hat, wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zu berichten weiß, die braunschweigische Steuerbehörde in der Sache eines Mitgliedes des Holzarbeiterverbandes getroffen. Der Betroffene hatte als Streikender bei der Tischfabrik Saalfeld insgesamt 245 M. Streikunterstützung vom Deutschen Holzarbeiterverband erhalten und bestritt nun der Behörde das Recht, diesen Betrag seinem steuerpflichtigen Einkommen zuzugählen. Da in Braunschweig die Gewerkschaftsbeiträge von diesem Einkommen nicht abgezogen werden dürfen, wie dies bei den Beiträgen zur Krankenversicherung der Fall ist, so folgerte der Mann, daß dementsprechend auch die dafür empfangenen Gewerkschaftsunterstützungen, weil es darauf einen klagbaren Anspruch nicht gibt, auch nicht versteuert zu werden brauchen. Diese Ansicht war um so mehr begründet, als in Braunschweig die Unterstützungen der Krankenkassen von der Steuerpflicht befreit sind. Die Steuerbehörde ist anscheinend der Begründung, die durch das Arbeitersekretariat vertreten wurde, gefolgt, denn sie zog den diesbezüglichen Steueranspruch zurück. In Sachen hat die Behörde in gleichen Fällen das Abzugsrecht für Verbandsbeiträge verneint und trotzdem die Unterstützungen für steuerpflichtig erklärt. Na, einen „Vorzug“ müssen die Sachen ja immer vor den übrigen deutschen „Bundesbrüdern“ haben!

Ein Glendebüt aus dem stehelischen Arbeiterleben. In der Gemeinde Kandel bei Bentfchen wohnt seit etwa 25 Jahren der Arbeiter W. J. G. Er hat sich dort verheiratet und regelmäßig seine Abgaben an die Gemeinde entrichtet. Zuletzt wohnte er drei Jahre in einem Hause der Gemeinde und zahlte dafür jährlich 45 M. Miete. Im Herbst vorigen Jahres wurde ihm die Wohnung gekündigt, und da er nicht gleich eine andere Wohnung finden konnte, wurde er im Wege der Ermäßigung am 9. Dezember auf die StraÙe gesetzt. Trotz aller Bemühungen fand er keine Wohnung. Ein guter Freund stellte ihm vorläufig die Scheune zur Verfügung. So wohnt nun der 56 Jahre alte Mann mit seiner fränkischen Frau und seiner völlig gelähmten 23jährigen Tochter noch jetzt in dieser Scheune. Nun ist auch der Mann noch krank geworden und liegt im Krankenhause. Bis dahin arbeitete er bei einem Tagelohn von 1,70 M.

in der Stärkefabrik in Bentfchen. Um die Kosten der Ermäßigung usw. einzuziehen, hat man ihm seine beiden Schwestern gepfändet. Da in Kandel niemand bieten wollte, sind die Tieren in Bentfchen versteigert worden. Auch die Kaminchen hat man ihm gepfändet und verkauft. Ebenso erging es mit einem beträchtlichen Teil seiner Kartoffeln. Nur einen kleinen Rest hat man den Armen gelassen.

„Vaterländische“ Niedrigkeit. Mürzlich nach der Brauerdirektor Haude von der Aktienbrauerei in Altenburg (S. M.). Er war ein Arbeitgeber von sozialem Verständnis, der die Ueberzeugung seiner Arbeiter achtete, sie in ihrer Organisationsbetätigung nicht zu hindern versuchte und sich bemühte, alle Differenzen in Verhandlungen mit der Organisation der Arbeiter in Güte zu erledigen und den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Der Betrieb hatte davon sicher keinen Nachteil. Das Personal gehörte fast ausschließlich dem Zentralverbande der Brauereiarbeiter an.

Das konnten die „Vaterländischen“ Herrn Haude nicht verzeihen. Und wie sehr sie ihn deswegen haßten, zeigt der ihm geltende Nachruf. In der „Wochenchrift für Vaterlandsfreunde jeden Standes“ wird bei Bekanntgabe des Ablebens Haudes gesagt, daß „für das unter seiner Leitung in das rote Lager getriebene Brauereiarbeiterpersonal kein Grund vorliegt, sich der aufrichtigen Trauer anzuschließen, und auch für die Vaterländischen sich das Grab über einen Mann geschlossen habe, dem wir nicht in allen Beziehungen nachrühmen können, seine höchste Pflicht in vaterländischer Mitarbeit erfüllt zu haben, was wir ihm auch über das Grab hinaus nicht verzeihen können.“

Der Haude hatte das „vaterländische“ Verbrechen begangen, die freie Ueberzeugung seiner Arbeiter zu achten. Vaterländisch hätte er gehandelt und sich das Lob der Gelben verdient, wenn er das nicht getan hätte und die Arbeiter in das nationale Lager getrieben hätte. Diese vaterländische Mitarbeit erwarteten die Gelben jetzt von seinem Nachfolger. Sie machen den Aufsichtsrat deshalb in folgender Art scharf: „Jetzt liegt es an dem Aufsichtsrate, dessen Mitglieder den ersten Gesellschaftsfreien Altenburgs angehören und deren strenge nationale Genehmigung verbürgt ist, durch die Wahl des Nachfolgers dem bisher eigentümlichen Verhalten der Direktion entsprechenden Verhalten zu tun.“

Das bisher „eigentümliche“ Verhalten der Direktion hatte ein sehr gutes Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Personal gezeigt. Die Vaterländischen wünschen, daß es jetzt anders wird. Den Toten begreifen sie und seine Nachfolger hegen sie zur Unterdrückung der Genehmigung des Personals auf.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Am Beginn der vorigen Woche tagte in Berlin das „Parlament der Parlamente“, das einzige „Parlament“ in Deutschland, das einen wirklich unbeschränkten und uneingeschränkten Einfluß ausübt, nämlich die Generalversammlung des „Bundes der Landwirte“. Gewiß, dieses „Parlament“ tagt alljährlich nur einmal und schon wegen des mangelnden spiritus auch nur einen Tag. Aber diese kurze Tagung genügt, der Reichsregierung wie den diversen Landesregierungen klar und deutlich und kurz und bündig zu sagen, wie sich im laufenden Jahre die Regierungsgeschäfte abzuwickeln haben. Die Forderung lautet einfach: Höhere Schutzölle, d. i. gleichbedeutend mit höheren Lebensmittelnpreisen. Außerdem Trost und Widerstand allen Beiträgen, die man als Fortschritt bezeichnen könnte. — Das ist kurz gesagt das Programm des „Bundes der Landwirte“, der nichts anderes ist als die ins „Völkische“ überfeste Firma „Konferatiwe Junker“. Die „Eblen“ v. Oldenburg, v. Wangenheim et tutti quanti sorgen in ihrer sattfam bekannten Art für die Bemerkbar-machung „nach oben“, man telegraphiert den Landesherren an, man grüßt das Lied von der „hohen Sonne ganz“, und das Uebrige besorgt unter heftigen Flügelgeschlagen und eifrigem Krachen im „Rißhaufen der Völkler“ der „Bundesbahn“, der Herr Direktor Dr. Dietrich Hahn. Nach wenigen Stunden „Tagung“ wird aber den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Bundesbrüdern, den „Bauern“, selbst dieser Hummel zu fode, man grunzt und gähnt, man scharrt mit den Stiefeln und drängt zum Schluß! — Darin doch außerhalb der Mauern des Stuhngsaales diesen „braven, ferberdeutschen Bauern“ edlere Genüsse. Die Berliner Halbweil, die großen Varietés und Tingeltangel, die Amor- und Jugendsäle und ähnliche „Institute“ haben an diesen und einigen folgenden Tagen Hochkonjunktur. Sie vertrauen auf das alle Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, dann hat's die ganze Welt!“ — Na, und ein hübscher Wagen ist es wohl auch immer, den die tugendhaften und schlichten Webauer der berühmten

„deutschen Scholle“ alljährlich auf dem Altar Sündenbels opfern! Nun, wir können ihnen aufrichtig das Vergnügen mit dem Wunsch, daß sie, ohne dauernden Schaden an Leib und Seele genommen zu haben, wieder zurückkehren mögen in ihre „schlichten Hütten“ und die Kreise ihrer „unverdorbenen“ Familienangehörigen und Freunde!

Am deutschen Reichstage diskutierte man noch einige Tage darüber, ob es eine Klassenjustiz gibt, oder ob in der Tat die Göttin Justitia eine undurchsichtige Binde vor den Augen trägt. In einer Fülle von Beispielen aus allerneuester Zeit konnten die Redner der Sozialdemokratie wie auch die der übrigen Oppositionsparteien dem Justizminister Dr. Lisco den Nachweis führen, daß noch so vieles faul im Lande der vollendetsten Rechts-garantien ist. Vor einer klaren Antwort auf die vielen Fragen drückte sich der Herr natürlich sehr, was ihm den wohlverdienten Beinamen „Trübe-berger“ eintrug. Auch die ergötlichten „Wahl-männer“ kann man jetzt wieder im Reichsparlament beobachten. Denn sogar die zahllosen Parteien wollen dem aufmerksamen Publikum zeigen, daß sie so etwas wie Maßstab vor der Regierung haben. So verlangten die Nationalliberalen z. B. die Streichung einiger hoher Offizier- und Gouverneurposten, die wirklich überflüssig sind. Doch da die Vorschäftigkeit eine parlamentarische Tugend ist, beantragten die Sozialdemokraten eine namentliche Abstimmung über den nationalliberalen Antrag und siehe da, die Herren National-liberalen waren gezwungen, gegen ihren eigenen Antrag zu stimmen, denn — sonst wäre der nur zum Wahlwindel gefüllte Antrag in der Tat angenommen worden! —

Auch der Verkauf des Tempelhofes selber an eine der geriffelten Spekulanten-gruppen und Grund- und Wohnungswucherer, die allerdings die kleine Gemeinde Tempelhof als Strohmännchen vorgeschoben hatten, wurde ohne Rücksicht auf die Interessen der Millionenbevölkerung Groß-Berlins im Reichstage als vollkommen zu Recht erfolgt anerkannt. Interessant ist es, hierbei feststellen zu können, daß die christlich-katholische Zentrumspartei am „wärmsten“ und mit den faden-schwingigsten Rechtsargumenten diese eigenmächtige Handlung des Kriegsministeriums entschuldigte. Dieser Millionenbevölkerung insofern diesen Spekulationshändeln nicht wieder entziffen werden. Das deutsche Meer, das betamlich das höchste der Welt ist, ist, wie der Kriegsminister und die inter-essierten „Patrioten“ sagen, noch viel zu schwach. Auch schon vor wegen der Erziehung — jeder Deutsche sollte, um sich den rechten Gehorsam einverleiben zu können, mindestens zwei Jahre Soldat sein — ist es ein Jammer, feststellen zu müssen, daß es noch hier und da fast ganz gesunde Leute gibt, die nicht einmal einen Kursus in der Ferienkolonie durchgemacht haben. Aus diesem Grunde schon muß eine Vermehrung stattfinden, um diesen „Rißhaufen“ zu beseitigen. Daß sonst im Heere bei uns „alles in Butter“ ist, dürfte selbstverständlich sein. Eine geradezu rührend-liebende Behandlung der Soldaten durch die Vorgesetzten sorgt dafür, daß kein guter Deutscher Zeit seines Lebens „sein Regiment“ verläßt! — Allerdings, Autorität muß sein, und es kann kein Mensch verlangen, daß die Taten der Mannschaften denen der Vorgesetzten gleich beurteilt werden. Nein, die Autorität verlangt, daß keine Vergehen der Mannschaften außerst schwer, große Ungehörigkeiten der Vorgesetzten außerst milde behandelt werden. Juden und Sozialdemokraten genießen außerdem noch besondere „Rechte“, sie „brauchen“ nämlich nicht Offizier zu werden! — Ach, ach — eine ganz besonders klägliche Rolle spielte bei dieser Gelegenheit der besaunte General des Reichs, „Wahrheits“-Verbandes, der Herr v. Liebert. Der Mann hat eine Eudel-schrift geschrieben, der die „nationale“ und „christliche“ Presse ihre säftigsten Artikel zur Verleumdung der Arbeiter und deren leitenden Personen entnimmt. Dieser „General“ mußte zugeben, daß er die Person Bebel's in den Riß gezerrt habe, ohne Bebel auch nur zu kennen. — Und der Mann betrachtet sich als einen der „Größten“ der jetzt lebenden Deutschen! — Daß Feld Liebert auch alle sonstigen Schmierereien und Blößenhaftigkeiten, die mehr oder weniger unzurechnungsfähige Elemente in die Welt gesetzt haben, der Arbeiterbewegung aufs Konto setzt, ist nur nebenbei erwähnt. — Geld, Geld und nochmals Geld verlangt der Militärstat, aber — die Mannschäftslöhne von 22 Pf. pro Tag können nicht aufgebessert werden, dazu ist der deutsche Reichstag zu — sparfam!

Im preussischen Landtage werden die Junker frech und frecher. Jetzt ist man dabei, einen Plan zu verwirklichen, der den sozialdemokratischen Abgeordneten nur noch geizt sein soll, die Diäten zu beziehen und sonst höchstens noch das Maul zu halten. Das preussische Ruminatibennet (Gerrenhaus) hat die Regierung aufgefordert, eine Droßchüre herauszugeben, in welcher der Völkler der Nach-

meist geliefert wird, daß die neuen Steuern eigentlich eine Wohlthat sind für das Volk und eine Last für die Besitzenden. Die Regierung hat den „Streisepntien“ sofort entsprechende Anweisungen zugehen lassen, natürlich nur indirekt, den eigentlichen Auftrag lebte Theobald, der guten Form wegen, an! — Der preussische Eisenbahnmন্ত্রী v. Brentenbach kennt seine Pflichten. Auf seinen Fall wird er höhere Löhne zahlen als die Privatindustrie oder die Landwirtschaft, so sagte er, aber: „Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Lohnerhöhungen durchaus nicht als abschließend zu betrachten sind“, sagte er auch zu einer Kommission von Eisenbahnarbeitern. Sehr nett, zumal die Arbeiter überhaupt noch nichts davon wissen, daß die Lohnerhöhungen schon angefangen haben! — Ein sozialdemokratischer Antrag, die Einkommen bis zu 1500 Mk. steuerfrei zu lassen und die höheren Einkommen entsprechend höher zu belasten, fand keinerlei Gegenüber! Im Gegenteil, man will durch eine hohe Steuer die Monsumbereine belasten bzw. erschöpfen und damit die niedrigen Einkommen noch stärker treffen wie bisher. Der Herr Finanzminister Dr. Lunge bezeichnete die jetzigen Steuerzustände als geradezu paradiesisch für die unteren Volksklassen! — Auch zeigte der Herr, daß er am besten über solche Angelegenheiten zu sprechen versteht, die er gar nicht kennt! Seine „Fabeln“ über die Gewerkschaftsbeiträge mußten ihm erst gründlich unter die Nase gerieben werden, ehe er sich dazu bequemte, wenigstens zu schweigen.

Der Papst duldet es nicht, daß der Deutsche früher zum 50jährigen Jubiläum des Königreiches Italien nach Rom fährt; der Papst ist zurzeit der tatsächliche Vorkämpfer des protestantischen Deutschlands. Einige „modere“ Deutsche fühlten, wie blamabel dieser Zustand für das Land der Freien und Frommen ist und schlugen Kaban! Theobald, der Philosoph, fand einen Ausweg, indem er den von der Tigerjagd heimkehrenden Kronprinzen in Rom mit vorsprechen läßt. Alles ist ab dieses salomonischen Entscheides beglückt und entzückt, der Papst sowohl wie die Speyer! — — — Salve!

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kreuznach gelang es den freien Gewerkschaften zum erstenmal sechs Weisler — die Hälfte der zu wählenden Weisler zu erringen. Vor sechs Jahren besetzten die „Christlichen“ noch sämtliche Sitze der Weisler.

Bei der Reichstagswahl in Immenstadt-Imman wurde die schwarze Moborte trotz aller Anstrengungen, die sie machte, schwer aufs Haupt geschlagen. Die sozialdemokratischen Stimmen verdoppelten sich, die Liberalen blieben gleich und die der „Schwarzen“ gingen zurück. In der Stichwahl dürfte dem Zentrum die Hochburg mit Sicherheit entfallen werden. Der Kreis ist zu 91 Proz. katholisch. Also eine geradezu postartige Klucht aus der katholischen „Volkspartei! Nur immer weiter so! Dinahs mit solchen Volksverratern aus den Parlamenten!

Endlich! In ihrer neuesten Nummer gibt nun die „Christliche“ „Lederarbeiterzeitung“ endlich ihren Lesern den Sachverhalt über unseren „Schwindel“ von der Kranenstassenwahl in München-Gladbach kund. Selbstverständlich geht das bei diesem Blatte, das einen fast unüberwindlichen Ekel gegen die Wahrheit hat, nicht, ohne neue Schwindelerien hinzuzufügen. So behauptet das „fromme“ Blatt frank und frei, daß es uns durch seine Notiz erst zu einer Berichtigung veranlaßt hätte. Das Gegenteil ist bekanntlich der Fall. Ebenso interessant ist, daß unsere Vermutung, der Teufel Nitru nur sei an der Niederlage der „Christlichen“ schuld, jetzt durch die „Christliche“ bestätigt wird. Außerdem werden wir noch eines ganz neuen Verbrechens geziehen, nämlich unser „Blitz“ über den „Volkssverein“ für das katholische Deutschland“ gespielt zu haben! Wahr ist, daß uns dieser Verein gar nicht interessiert oder geniert. Neben den vielen anderen politischen und unpolitischen Vereinen kann auch dieser unferretwegen ruhig bestehen bleiben. Wir wenden uns nur gegen die Notwendigkeit „Christlich-katholischer“ Aufgewerkschaften und werden uns auch weiter gegen diese wenden.

Also wir lassen uns daran genügen, festzustellen, daß das „Christliche“ Blatte, unter ungedeuertem Geschimpfe zwar und unter Hinzufügung neuen Schwindels, ausnahmsweise einmal der Wahrheit die Ehre gegeben hat. Und das ist ein anerkennenswerter Schritt zur Besserung!

Briefkasten der Redaktion.

D. S. in Weilbrunn. Die größeren bayerischen Städte haben fast alle städtische Arbeitsämter bezw. Arbeitsnachweise, an die Sie sich wenden können. Ob jedoch eine Zentralfstelle für ganz Bayern besteht, ist uns nicht bekannt. Im Reichsarbeitsblatt

wenigstens in eine solche nicht verzeichnet. In Städten, wo wir Verwaltungsstellen haben, ist es notwendig, sich an diese zu wenden.

D. S. in Berlin. Ihre Zuschrift hat unsere Erwartung voll und ganz bestätigt. Weiterer Mühearbeit leben wir mit Zuversicht entgegen. Somit nichts Neues!

Bücherschau.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrad. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 20 Pf.

Das Werk wird von jedem aufgeklärten Arbeiter mit großem Interesse gelesen werden und seine Kenntnisse über die geschichtlichen Zusammenhänge erweitern.

Sterbetafel.

Offenbach. Josef Wibel, Portefeuller, im 27. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!

Adressenänderungen.

Chrdruf. B. Otto Schmidt, Waldstr. 156. Siegnau. R. C. beim K. Richard Raimald, Jauerstr. 26 11, von 12 12 1/2 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends.

Versammlungskalender.

Brandenburg a. S. Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause.
Bremen. Sonnabend, den 4. März, im Gewerkschaftshause. Mitgliederversammlung.
Chemnitz. Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Reizen“, Nochtsee Straße 8 1. Offen. Sonnabend, den 11. März, abends 9 Uhr, bei Schmiring, Rheinische Straße.
Wien. Sonnabend, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.
Hannover. Freitag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.
Miel. Dienstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Fahrstr. 24.
München. Sonntag, den 11. März, abends 8 Uhr, Jägerstr. 14 (Rampgarten). Versammlung. Vortrag des Kollegen A. Miedel, Berlin.
Stettin. Sonnabend, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause.

Anzeigen

Verwaltungsstelle Offenbach a. M. Achtung! Kollegen! Achtung!

Montag, den 6. März 1911, abends 8 Uhr: Außerordentl. Generalversammlung

im Saale „Zur Starenburg“, Gr. Marktstr. 43. Tagesordnung:

1. Bericht von der Bezirkskonferenz. — 2. Obligatorische Einführung des 55 Pf.-Beitrags. — 3. Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse zu fassen sind, wollen die Kollegen pünktlich und zahlreich erscheinen. Die Ortsverwaltung.

NB. Die für diesen Tag festgelegten Versammlungen fallen aus.

Gesucht

tüchtige Teilarbeiter auf Herren- und Damemäntel. Stellung dauernd.

G. Paffler & Sohn, Hoffattler, Hannover.

Tüchtige Portefeuller

auf bessere Damentaschen sucht vor sofort

Haynauer Lederwarenfabrik H. Nitke, Haynau i. Schl.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 11. März 1911, in Louis Kellers Festhallen (Am Freyer), Koppenstr. 29

„Ein Rosenfest“ im Frankfurter Kietz

Auf dem Festplatz Volksbelustigungen aller Art: Große Tombola: Unter anderem „Glückchen-Quadrate“ unter Leitung des Gemeindevorstehers H. Heintich.

Teilnehmerkarte 50 Pf. Beginn des Festtrabes 9 Uhr.

Erscheinen der Festteilnehmer in Sommer toilette ist erwünscht. Um zahlreichen Besuch bittet Der Gemeindevorstand.

Billets sind im Bureau und bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.

Georg Weibnachts Bierhaus, Grundstr. 21. K. Weib-, Bayerisch-, Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Saffler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Saffler. Zahlstelle der „Freien Volkskassen“.

Eine Sattlerei

mit gutgehendem Ladengeschäft, in Berlin, seit 25 Jahren bestehend, umständehalber preiswert zu verkaufen. Gest. Offerten unter H. S. 12 an die Exped. d. Bl.

Verband der Sattler u. Portefeuller Filiale Hamburg-Altona.

Sonnabend, den 11. März 1911

Wintervergnügen

im Lokale des Herrn Vorwahrle, Neustädterstr. 43.

Bestehend in

Chater, Tombola und Ball

Die Kollegen mit ihren Damen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Sie sind in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsummassen, Bombardiergeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch lässt zu dauernder Kundenschaft. — 500 sende franco. — Nichtentwendendes nehme unkontrolliert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — H. Saffler, Berlin-Gesundbrunn. Berlin C., Neue Schönhauserstr. 16. Kein Baden, nur 1 Treppe. — Begründer 1888.